

Vorarlberg hat gewählt

Am 19. September 2004 wurde in Vorarlberg der Landtag neu gewählt. Landeshauptmann Herbert Sausgruber erreichte mit der ÖVP die absolute Mehrheit.



Foto: VLK/Wanko

Am Wahlabend: ORF-Interviewrunde mit den Spitzenkandidaten Johannes Rauch, Grüne, Dr. Elke Sader, SPÖ, ORF Vorarlberg-Chefredakteur Adolf Fischer, Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber, ÖVP und Dietmar Egger, FPÖ (v.l.n.r.)

Am Sonntag, den 19. September, hat Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber, er gilt als eine der schwarz-blauen Bundespolitik kritische VP-Führungspersönlichkeit, das Ergebnis der letzten Wahl 1999 (45,76 Prozent) deutlich verbessert und erreichte mit 54,86 Prozent wieder die absolute Mehrheit. Die ÖVP verfügt über 21 der 36 Mandate im Landtag. In einer ersten Reaktion stellte Sausgruber fest, er sehe wohl auch einen Auftrag seiner Landsleute, Vorarlberg möglichst unabhängig von Wien und Brüssel weiterzuregieren, räumte damit

ein, daß seine kritische Haltung zu manchen Entscheidungen der Bundesregierung ein Teil des Wahlerfolges ausmachten. Sausgruber stellte aber ebenso deutlich fest, daß er viele der Entscheidungen (Stichwort: Steuerreform) mitbeschlossen habe.

In Serie bleiben die dramatischen Verluste für die FPÖ, die von ihren im Wahlgang 1999 erreichten 27,4 auf 13 Prozent abstürzte und nur mehr über 5 Mandate verfügt. Ein Zugewinn für die SPÖ, die von 13 (1999) auf 16,9 Prozent zulegen konnte, führte – erstmals seit 15 Jahren – wieder an die zwei-

Aus dem Inhalt

»Zeit der Ernte« Resümee über Regierungsarbeit	4
EU-Beitritt der Türkei	
Reaktionen in Österreich	6
Mehr als ein Versprechen?	9
Außenministerin wird EU-Kommissarin	11
Jugendstiljuwel in neuem Glanz	16
Export: Konjunkturmotor	17
Wienerberger übernimmt Ziegelproduzenten in GB	19
Jahrestagung des Auslands-österreichischer-Weltbundes	21
Einmal tief ausatmen	28
Klassizismus und Biedermeier	31
Schräglage – Geschichte der Motorräder	34
Kommt's auf d' Schmelz	36
Pannonischer Herbst: Die köstlichste Saison	39
Impressum	34

Innenpolitik

te Stelle im Ländle und erlangt somit 6 Mandate. Auch die Grünen konnten mit einem Gewinn von 4,2 Prozent nunmehr 10,16 Prozent erreichen, was ihnen 4 Mandate im Landtag bringt.

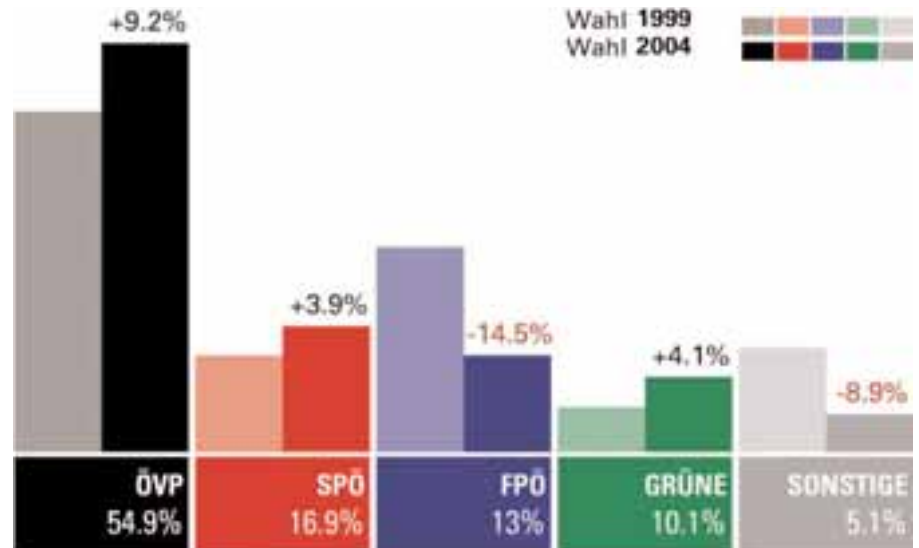
ÖVP-Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel hat Sausgruber zu seinem großartigen Wahlerfolg gratuliert. „Die gesamte ÖVP-Bundespartei freut sich mit Herbert Sausgruber. Die Leistungen der ÖVP-Vorarlberg wurden von den Wählern honoriert“, so der Bundeskanzler. Sausgruber signalisiere Verlässlichkeit und Eigenständigkeit, diese Botschaften haben die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger überzeugt, so Schüssel. So habe die ÖVP Vorarlberg mehr zulegen können als SPÖ und Grüne gemeinsam.

Das Ergebnis sei ein persönliches Verdienst Sausgrubers. Er fahre gemeinsam mit seinem Team einen erfolgreichen Kurs, der der Bundespolitik bereits vieles vorweggenommen habe, wie zum Beispiel ein ausgeglichenes Budget sowie eine moderne Landesverwaltung. Sausgruber sei es außerdem gelungen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und hohen sozialen Standard zu verwirklichen, sowie Vorarlberg europafähig zu machen, so Schüssel abschließend.

SPÖ-Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer stellte fest, die SPÖ habe seit Jänner 2003 zum 12. Mal in ununterbrochener Folge bei Wahlen auf unterschiedlicher Ebene zugelegt. „Der Zuwachs in Vorarlberg ist Teil einer imposanten Reihe von Wahlerfolgen“. Für Gusenbauer ist dies „eine Bestätigung unseres Kurses, nicht nur Kritik am Schüssel-Grasser-Kurs zu üben, sondern eigene Alternativkonzepte dazu vorzulegen, weil wir uns im Unterschied zu anderen Oppositionsparteien nicht damit begnügen, zu kritisieren“, so der SPÖ-Chef.

In Vorarlberg selbst ist das erste Mal seit 20 Jahren ein Zugewinn für die SPÖ erreicht worden, und erstmals seit 15 Jahren konnte die Sozialdemokratie wieder den zweiten Platz erreichen. Dieser „Turn around“ sei „ein Grund zur Freude, wir haben alle gesteckten Wahlziele erreicht“. Auffallend sei, daß all jene Parteien, die in Opposition oder Distanz zum Schüssel-Grasser-Kurs stünden, zugelegt hätten, während jene Partei, die mit Vizekanzler Hubert Gorbach (FP) offensiv für diesen Kurs geworben habe, einen Absturz verzeichnen mußte, so der SPÖ-Vorsitzende.

ÖVP-Generalsekretär Dr. Reinhold Lopatka sieht dies naturgemäß anders: „Die Verknennung der Realität treibt bei SPÖ-Chef



Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg hat das renommierte Institut SORA gemeinsam mit dem ORF für statistische Klarheit gesorgt Quelle: SORA / ORF

Alfred Gusenbauer ständig neue Blüten. Jetzt jubelt er bereits bei einem Wahlergebnis von 17 Prozent für die SPÖ“, der überwältigende Wahlsieger in Vorarlberg sei Landeshauptmann Herbert Sausgruber und nicht die SPÖ“, so Lopatka. Gusenbauer habe sich einmal mehr ins Schlamassel geredet, denn der einzige, der in seiner politischen Karriere noch keine Wahl gewonnen habe, sei Gusenbauer selbst.“

Das Erreichen der absoluten Mehrheit durch die ÖVP wertet SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures als „persönlichen Erfolg für Landeshauptmann Sausgruber“. Dieser sei klar auf Distanz zur Politik von Bundeskanzler Schüssel gegangen; er habe unmißverständlich klar gemacht, daß ein Auftritt Schüssels im Wahlkampf unerwünscht sei. „Wir sind in wesentlichen Dingen anderer Auffassung als ein großer Teil der Regierung“, habe Sausgruber am 30. August in der „Presse“ gemeint, entgegnet Bures. Die SPÖ habe mit Gesundheit und Pensionen auf die richtigen Themen gesetzt; als einzige Partei mit einer Frau an der Spitze habe die SPÖ Vorarlberg im Wahlkampf zeigen können, daß sie die Probleme der Menschen ernst nehme und ihre Interessen tatkräftig vertrete.

Für den Vorarlberger FPÖ-Spitzenkandidaten Dieter Egger war das Ergebnis der Landtagswahl eine „bittere Niederlage, an der es nichts zu rütteln“ gebe. Schuldzuweisungen an die Bundespolitik vermied Egger. FPÖ-Chefin Staatssekretärin Ursula Haubner sah keine Schuld der Bundespartei an der Wahlniederlage der FPÖ in Vorarlberg. In den zwei Monaten, in denen die

neue Parteiführung nun im Amt ist, sei es nicht möglich gewesen, das davor verlorengegangene Vertrauen wieder zurück zu gewinnen. Auf Bundesebene habe sich die Partei aber stabilisiert und sei „gut aufgestellt“. Die Führungsspitze sei geschlossen, deshalb erwarte sie auch keine innerparteilichen Turbulenzen nach dieser Niederlage.

Auch als Abfuhr für die Bundespolitik wollte Haubner das Ergebnis der Landtagswahl nicht gewertet sehen. „Im Vorarlberger Wahlkampf haben Bundesthemen nur eine geringe Rolle gespielt“, sagte die FPÖ-Chefin. Dennoch werde man das Ergebnis genau analysieren und sich überlegen, wo man ansetzen müsse, um Verbesserungen zu erzielen. Haubner gestand zwar ein, daß sich die FPÖ ein besseres Ergebnis gewünscht hätte und dem verloren gegangenen zweiten Platz hinter der ÖVP nachtrauere. „Wenn man die in Vorarlberg erreichten 13 Prozent auf den Bund umlegen würde, dann wäre das ein Aufwärtstrend. Hätte die FPÖ diese 13 Prozent auf Bundesebene, dann wäre das ein Zeichen, daß sie weiter vorwärts kommt und eine gute Basis, auf der man aufbauen kann“, erklärte Haubner.

Der Bundessprecher der Grünen, Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, ist über das Abschneiden seiner Partei in Vorarlberg „hoch erfreut“, die Verdoppelung der Mandate sei „eine sehr schöne Bestätigung für die Arbeit der letzten fünf Jahre“. Aus bundespolitischer Sicht erwarte er Auswirkungen auf die Stabilität von Schwarz-Blau. Van der Bellen verweist darauf, daß Vizekanzler Hubert Gorbach neben dem freiheitlichen Spitzenkandidaten Dieter Egger

im Wahlkampf plakatiert worden sei. Die Niederlage sei zwar geringer ausgefallen als etwa in Niederösterreich oder Tirol. Trotzdem sei damit zu rechnen, daß die Bundes-FPÖ noch nervöser sein und noch weniger Verlässlichkeit an den Tag legen werde. Aber auch für die Bundes-ÖVP sei der Wahlausgang keineswegs beruhigend. Schließlich habe die Vorarlberger Volkspartei sich jede Präsenz der Bundespartei im Wahlkampf verboten. Er, Van der Bellen, sei „von Haus aus davon ausgegangen, daß die Vorarlberger ÖVP die absolute Mehrheit in der Tasche hat“.

Schon im Wahlkampf hat LH Sausgruber, angesichts der für ihn erfreulichen Ergebnisse von Meinungsumfragen, festgestellt, er würde, selbst wenn er die absolute Mehrheit erlangen sollte, keine Alleinregierung anstreben. Und so kommt es – nach Gesprächen mit der SPÖ, der FPÖ und den Grünen – zu einer Neuauflage der Schwarz-Blauen Regierung. „Im sachlichen Bereich hat es mit der FPÖ doch weniger Unterschiede gegeben als mit der SPÖ“, begründete Sausgruber die Entscheidung zugunsten der Freiheitlichen. Die Zusammensetzung der Landesregierung bleibe unverändert, als neuer Landesstatthalter wurde Gesundheits-Landesrat Hans-Peter Bischof angelobt. Er hatte diese Position bereits von 1994 bis 1999 inne. FP-Landespartei-Diriger Dieter Egger bleibt durch die weitere Zusammenarbeit mit der ÖVP der einzige FPÖ-Landesrat. Allerdings mußte er das Herzstück seines bisherigen Ressorts, den Straßenbau, an Landesrat Manfred Rein abgeben. Bei den anderen Landesräten gibt es keine Veränderung. Ihre Funktionen weiter ausüben werden Erich Schwärzler, Siegi Stemer und Greti Schmid.

Als Landtagspräsident wird in den kommenden fünf Jahren der bisherige Landtagsvizepräsident Gebhard Halder fungieren. Nach dem überraschenden Tod von Manfred Dörler im Juli war dieser Posten vakant. Während die Bestellung von Gabriele Nussbaumer zur ersten Landtagsvizepräsidentin erwartet worden war, war die Wahl von Bernadette Mennel zur zweiten Landtagsvizepräsidentin eine Überraschung. Der nominierte ÖVP-Klubdirektor Albert Hofer hatte keine Mehrheit bekommen.

Bei der Nominierung der ÖVP-Bundesräte entschied der vom ÖAAB aufgestellte Edgar Mayer die Kampfabstimmung mit der bisherigen Bundesrätin Ilse Giesinger für sich. Als Bundesrat von vornherein unumstritten war Jürgen Weiss, derzeit Vizepräsident der Bundeskammer. ■

Trends der Landtagswahlen 2003 und 2004 fortgesetzt

SORA-Wahlanalyse zur Landtagswahl in Vorarlberg

Bei der Landtagswahl am 19. September 2004 in Vorarlberg haben sich die Trends der Landtagswahlen von Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und Salzburg fortgesetzt und zum Teil zugespitzt.

Kärnten war das einzige Bundesland, das bei der Niederlagenserie der FPÖ aus der Reihe tanzte (plus 0,4%). Das Minus von 14,4% in Vorarlberg war der stärkste Verlust, den die FPÖ jemals bei einer Landtagswahl erhalten hat. Laut SORA-Wählerstromanalyse gaben nur 28% der FPÖ-WählerInnen von 1999 diesmal wieder ihre Stimme der FPÖ, damit liegt die Behalterate der FPÖ Vorarlberg zwischen jenen der Landtagswahlen in Salzburg und Oberösterreich (je 33%) auf der einen Seite und Tirol (21%) und Niederösterreich (18%) auf der anderen Seite. Wie auch bereits in Tirol gingen mehr als die Hälfte der FPÖ-WählerInnen von 1999 gar nicht mehr zur Wahl.

Die ÖVP konnte in Vorarlberg knapp jede/n zehnte/n FPÖ-WählerIn von 1999 für sich mobilisieren. In Oberösterreich, Tirol und Salzburg wanderte noch jede/r sechste freiheitliche WählerIn von Blau zu Schwarz, in Niederösterreich fast jede/r zweite. Aber auch die SPÖ konnte diesmal weniger als bei anderen Wahlen am FPÖ-Kuchen mitnaschen. Verglichen mit den Landtagswahlen im letzten und heurigen Jahr war der Verlust mit 2% an die SPÖ am geringsten. Der Abgang von ehemaligen freiheitlichen WählerInnen zu anderen Parteien war nur geringfügig.

Insgesamt wurde die Wahl nur zum Teil durch den Wechsel zwischen den Parteien entschieden: 1999 hatten in Vorarlberg noch zwei von zehn WählerInnen die Partei gewechselt, während es 2004 nur eine/r von zehn war. Die geringe Wahlbeteiligung von 60,2% spiegelte sich auch im geringen Anteil (2%) der mobilisierten NichtwählerInnen und im vergleichsweise hohen Anteil (27%) der demobilisierten ParteiwählerInnen wider. Bei der Landtagswahl 1999 hingegen hielten sich mit je 6% die Mobilisierung von NichtwählerInnen und die Demobilisierung von ParteiwählerInnen noch die Waage.

Auch die Parteientreue der VorarlbergerInnen ist bei dieser Wahl gesunken: So gibt es 2004 um 12% weniger konstante ParteiwählerInnen als 1999. Der Anteil der kon-

stanten NichtwählerInnen ist hingegen etwas gestiegen.

Beim Wechsel des Elektorats von einer Partei zu anderen Parteien liegt Vorarlberg im bundesweiten Trend und ex aequo mit Tirol. Bei der Mobilisierung der NichtwählerInnen liegt Vorarlberg nur an vorletzter Stelle noch vor der Steiermark. Die Spitzenstellung erreicht das westlichste Bundesland bei der Demobilisierung von ParteiwählerInnen und hat damit einen fast dreimal so hohen Wert wie der Durchschnitt aller Bundesländer. Insgesamt hat Vorarlberg den höchsten Anteil an WechselwählerInnen, gefolgt von der Bundeshauptstadt Wien.

Deutlich unter dem Mittelwert aller Bundesländer liegt der Anteil der konstanten WählerInnen in Vorarlberg. Dies ist einerseits durch die unterdurchschnittliche Parteiloyalität – nur Tirol und Wien weisen geringere Werte auf – und andererseits durch den vergleichsweise niedrigsten Anteil an konstanten NichtwählerInnen bedingt.

Vorarlberg ist damit das Bundesland mit dem größten Anteil an WechselwählerInnen in Österreich, vor allem bedingt durch die hohe Demobilisierung von ParteiwählerInnen.

Die Wählerstromanalyse kommt ohne die Befragung von Einzelpersonen aus. Verwendet werden ausschließlich „Aggregatdaten“, also Ergebnisse von Bezirken, Gemeinden, Sprengeln etc. Von den dort errechneten statistischen Zusammenhängen wird dann auf das Verhalten der Wählerinnen und Wähler geschlossen.

SORA

wurde im Jahr 1996 von Günther Ogris und Christoph Hofinger gegründet. Schon vorher kooperierten die beiden Geschäftsführer intensiv in den Bereichen Umfragen und Methoden. Anspruch von SORA ist es, auf der Basis von hochwertiger wissenschaftlicher Forschung Ergebnisse und Beratung zu liefern, die verständlich sind und den Anforderungen der praktischen Anwendbarkeit und Umsetzbarkeit entsprechen. Je nach Fragestellung und stets in Abstimmung mit den Kunden wird dabei mit unterschiedlichen empirischen quantitativen und qualitativen Methoden gearbeitet. <http://www.sora.at/> ■

»Zeit der Ernte«

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Hubert Gorbach zogen zum Abschluß einer Regierungsklausur ein Resümée über die Ergebnisse der zweitägigen Arbeitssitzungen im niederösterreichischen Retz.

Wir haben intensiv sämtliche Themenbereiche für unsere Herbstarbeit diskutiert. Das Motto unserer Regierungsklausur ‚Zeit der Ernte‘ ist zugleich auch das Motto von viereinhalb Jahren gemeinsamer Arbeit für Österreich“, so Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel am 10. Oktober am Ende einer zweitägigen Regierungsklausur in der Weinstadt Retz. Als zentrale Themen bezeichnete er Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Standortpolitik sowie Umweltschutz. „Wir haben mit den zahlreichen Strukturreformen die Basis für einen Standorterfolg Österreichs gelegt. Wir haben uns im europäischen Vergleich Jahr für Jahr verbessert. Der Aufschwung ist nun da“, so Schüssel weiter und hob die von der Statistik Austria erhobenen neuesten Export- Importdaten hervor. So erhöhten sich die Exporte im ersten Halbjahr um 11 Prozent, während im gleichen Zeitraum die Importe um 6 Prozent anstiegen. „So ein gutes Ergebnis ist nur dann möglich, wenn der gesamte Standort Österreich boomt und die Chancen in Mittel- und Osteuropa wirklich genutzt werden. Es ist vor allem auch ein Resultat der großartigen Leistung von österreichischen Betrieben, die weltweit tätig sind, und dem wettbewerbsfähigen Know-how ihrer Mitarbeiter. Die globale Vernetzung der österreichischen Wirtschaft schafft großartige Bedingungen für die Menschen“, zeigte sich Schüssel erfreut.

Der hohe Vernetzungsgrad der österreichischen Wirtschaft zeige sich auch darin, daß in Österreich mittlerweile über 1000 regionale Headquarters für Mittel- und Osteuropa angesiedelt seien, so Schüssel. „Diese Headquarterfunktion Österreichs verlangt aber auch, daß internationale Unternehmen ihre Topmanager jederzeit und ohne bürokratischen Aufwand in Österreich ausbilden und einsetzen können. Das muß außerhalb der Niederlassungsquote abgewickelt werden. Darin gab es in der Vergangenheit jedoch Schwierigkeiten“, so Schüssel. Es sei daher besonders wichtig, daß die Schlüsselarbeitskräfte mit einem Gehalt über 2000 Euro im Monat innerhalb der Quote nach Österreich kommen können. Weiters soll die Auf-



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel in Retz: es ist »Zeit zur Ernte«

Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

enthaltsfrist zu Ausbildungs- und Trainingszwecken von den derzeit gültigen sechs Monaten auf 50 Wochen verlängert werden. Als besonderes Anliegen der Bundesregierung bezeichnete der Bundeskanzler die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. „Wir sind bei der Regierungsklausur übereingekommen, daß die Verwaltung des Bundes inklusive der ausgegliederten Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Unsere geplanten Maßnahmen in diesem Bereich werden einige 100 Lehrstellen zusätzlich schaffen“, so Schüssel. Geplant sei, daß die Lehrstellen aus dem Stellenplan herausgenommen werden. Ebenso soll in den ausgegliederten Betrieben ein echter Schwerpunkt für die Aufnahme von Lehrlingen gesetzt werden.

Als einen Schwerpunkt im Umweltbereich nannte der Bundeskanzler eine Reduzierung der Partikelemissionen bei Dieselfahrzeugen: „Wir wollen für Neuzulassungen von Dieselfahrzeugen ein Bonus-Malussystem innerhalb der NOVA vorschlagen. Damit geben wir einen wesentlichen Impuls, um die Partikelemissionen zu reduzieren.“ So soll es künftig bei einer Partikelemission von unter 0,005 Gramm pro km einen Bonus von

300 Euro für die Jahre 2005 und 2006 geben. Die Fahrzeuge, deren Emissionen über diesem Wert liegen, fallen in das Malussystem von 150 Euro für das erste Jahr und 300 Euro für das zweite Jahr.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Mag. Norbert Darabos findet die Art und Weise, wie sich die Regierung bei ihrer Klausur selbst abfeiere, „peinlich und zynisch“. Vor dem Hintergrund der ungebremst steigenden Arbeitslosigkeit, der schlechten wirtschaftlichen Situation und der neuerlichen Belastungen der Bevölkerung durch die aktuellen Pensionskürzungen mute diese „launige Inszenierung höchst seltsam“ an. Darabos: „Während sich die Regierungsmitglieder gegenseitig mit süßen Trauben versorgen, gibt es für die Bevölkerung nur saure Trauben.“

Worauf sich die gute Laune der ÖVP- und FPÖ-Minister begründe, sei den Menschen in diesem Land nicht einsichtig, so Darabos. Etwa auf den Pensionsverlusten, die bis zu einem Viertel der ursprünglichen Pension ausmachen können? Auf den vereinbarten Abschlägen für Schwerarbeiter oder auf der Einzementierung der Schlechterstellung von Frauen im Pensionssystem und dem daraus zu erwartenden weiteren Anstieg der Altersarmut? „fragte Darabos. Oder Sorge das steigende Budgetdefizit, das im kommenden Jahr jedenfalls über 1,5 Prozent ausmachen werde, für die gute Stimmung? Oder etwa die katastrophale Performance der Regierung in der Privatisierungspolitik mit allen negativen Folgen für den Finanzmarkt Österreich, die wirtschaftspolitische Reputation Österreichs und die Verunsicherung der Anleger? Das Selbstlob der Regierung bezüglich Wirtschaftsstandort und Wettbewerbsfähigkeit sei für Darabos völlig unangebracht. Die Regierung habe den Wirtschaftsstandort vielmehr nachhaltig geschwächt und eine Rekordarbeitslosigkeit zu verantworten.

Darabos forderte die Regierung auf, „wieder auf den Boden der Realität zurückzukehren“ und den Versuch, die verfehlte und für die Menschen in diesem Land verheerende Regierungspolitik mit peinlichen Inszenierungen zu überdecken, zu beenden. ■

Während der Rohölpreis steigt, baut Österreich auf Alternativen

Während der Preis für ein Barrel Rohöl in ungekannte Höhen klettert und nun rund 75 Prozent über dem Stand des Vorjahres historisch erstmals bei über 50 Dollar liegt, gibt Österreich mit der verpflichtenden Beimischung von Biosprit eine absolut zukunftstaugliche Antwort. Umweltminister Dipl.-Ing. Josef Pröll: „Es ist vor diesem Hintergrund mehr als zukunftsweisend, daß die österreichische Regierung die Förderung von Biotreibstoffen beschlossen hat. Das ist aus meiner Sicht als Umweltminister ganz klar ein wichtiger Meilenstein in der Klimaschutzpolitik. Gleichzeitig wird die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern redu-

ziert. Aber auch als Landwirtschaftsminister verbinde ich mit diesem Schritt vor allem in der Erzeugung erneuerbarer Rohstoffe für Biodiesel und Bioethanol wichtige wirtschaftliche Zukunftsperspektiven für die heimische Landwirtschaft und den ländlichen Raum.“

Konkret soll der Anteil an österreichischem Biotreibstoff ab Oktober 2005 sowohl bei Diesel als auch bei Benzin 2,5 Prozent betragen. Bis Oktober 2008 erfolgt eine weitere Anhebung auf 5,75 Prozent. Für den Einsatz dieser Biotreibstoffe wird es auch eine finanzielle Belohnung für die Autofahrer geben. ■

Weg frei für Zusammenlegung der Wachkörper

Bundesminister Dr. Ernst Strasser und BPO StS Ursula Haubner haben sich am 30. Septemer darauf geeinigt, daß die im Regierungsprogramm vereinbarte Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie jetzt im Ministerrat beschlossen wird. Gleichzeitig mit der Modernisierung der Exekutive, eine der größten Verwaltungsvorhaben der zweiten Republik, werden die besonderen Belastungen der Exekutivbeamten im Außendienst besser als bisher berücksichtigt und abgegolten.

Strasser: „Team04 stellt einen Quantensprung für die Sicherheit Österreichs dar. Damit werden die zahlreichen unterschiedlichen Kommandostrukturen zu Gunsten des Außendienstes optimiert, die Effizienz in der Kriminalitätsbekämpfung gesteigert und Doppelgleisigkeiten abgebaut. Durch dieses Verhandlungsergebnis werden die sozialen Bedürfnisse der Kollegenschaft besonders berücksichtigt.“

Haubner: „Besser – stärker – effizienter; So wird sich Österreichs Exekutive in Zukunft präsentieren. Wir haben in konstruktiven Verhandlungen mit dem Koalitionspartner schon jetzt klare dienstrechtliche Verbesserungen für die Exekutivbeamten erreicht. Wir gehen hier mit einer gestärkten und motivierten Exekutive gemeinsam in eine sichere Zukunft.“

Der besonderen Arbeitssituation eines Exekutivbeamten und den typischen Anforderungen an diese Berufsgruppe wird in

einem exekutivdienstrechtlichen Abschnitt eines neu zu schaffenden Bundesmitarbeitergesetzes Rechnung getragen. Dieses Gesetz berücksichtigt die besondere Arbeitssituation der Beamten. Die Abgeltung der besonderen Belastung ist ein erster Schritt zur Besserstellung der Exekutivbeamten im Außendienst.



BM Strasser präsentiert die ersten Entwürfe der neuen Uniform der künftigen »Bundespolizei«
Foto: BMI

Die außergewöhnlichen psychischen Belastungen, die unregelmäßigen Nachtdienste, Außendienst bei jeder Witterung und die Gefährdungssituation für die Beamten werden im Rahmen der Pensionsharmonisierung in der Schwerarbeiterregelung berücksichtigt. Diese wichtige Regelung stellte einen der Hauptpunkte der Verhandlungen dar und bringt eindeutige Verbesserungen für die Exekutivbediensteten mit sich.

Durch ein neues Ausbildungssystem werden den Beamten weitere Karrieremöglichkeiten eröffnet. ■

Bundesrechnungsabschluß liegt vor

Rechnungshofpräsident Josef Moser hat dem Nationalrat den Bundesrechnungsabschluß 2003 vorgelegt. Dem zweibändigen Werk ist zu entnehmen, daß Bund, Länder und Gemeinden, die 2001 noch einen Überschuß von 0,3 Prozent des BIP erzielt hatten, nach einem Abgang von 0,2 Prozent im Jahr 2002 im Vorjahr ein Defizit von 1,1 Prozent des BIP erzielten. Österreich bewegte sich also vom Nulldefizit weg, konnte den EU-Referenzwert von 3 Prozent aber noch weit unterbieten. Bei der Maastricht-Größe „Verschuldung in Prozent des BIP“ setzte der Finanzminister seinen Weg zur 60 %-Marke trotz erhöhten Defizits fort. Dank eines erfolgreichen Finanzschuldenmanagements und günstiger Zinsentwicklung konnte die Relation aller Staatsschulden zum BIP gegenüber 2002 von 66,6 auf 65,1 Prozent verbessert werden. ■

Grüne zu Gentechnikgesetz

Das Gentechnikgesetz, das am 05. Oktober im parlamentarischen Gesundheitsausschuß beschlossen wurde, steht in der heftigen Kritik der Grünen. Die stellvertretende Bundes- und Umweltsprecherin, Eva Glawischnig, hält den vorliegenden Entwurf für „untauglich“: „Damit steht die bisherige gentechnikfreie Landwirtschaft in Österreich vor dem Aus.“

Laut dem Landwirtschaftssprecher der Grünen, Wolfgang Pirklhuber, ist der Entwurf „makaber“, „denn das zentrale Förderungsziel ist die Gentechnik und nicht deren Verhinderung“. Umwelt- und Landwirtschaftsminister Josef Pröll habe bisher nur Lippenbekenntnisse abgelegt, aber keinerlei politische Maßnahmen vorgeschlagen, um Österreich als „Feinkostladen Europas“ zu etablieren. Glawischnig: „Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß es Minister Pröll und die Bundesregierung nicht sehr ernst nehmen mit der Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft.“ Damit begehe man aber „Betrug an jenen 1,2 Millionen ÖsterreicherInnen“, die bereits 1997 das Gentechnikvolksbegehren unterzeichnet und ihren Wunsch nach gentechnikfreien Lebensmitteln deutlich gemacht hätten. Glawischnig: Nach Umfragen seien 80 Prozent der ÖsterreicherInnen gegen Gentechnik. ■

EU-Beitritt der Türkei

Die Empfehlung der EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, hat zu unterschiedlichen Reaktionen in Österreich geführt.

Die Beziehungen der EU zur Türkei blicken auf eine lange Geschichte zurück. 1963 schlossen die Türkei und die EWG ein Assoziationsabkommen, das eine Beitrittsperspektive enthält. 1995 kam es dann zur Errichtung einer Zollunion, und im Dezember 1999 beschloß der Europäische Rat auf seiner Tagung in Helsinki, die Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten aufzunehmen. Auf seiner Tagung im Dezember 2002 in Kopenhagen hielt der Europäische Rat in seinen Schlußfolgerungen fest, daß „die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen wird, falls der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission entscheidet, daß die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt.“ Diese Schlußfolgerungen wurden auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2004 in Brüssel bestätigt.

Über lange Perioden der europäischen Geschichte hinweg war die Türkei ein wichtiger Faktor der europäischen Politik. Das Land ist Mitglied aller anderen wichtigen europäischen Organisation und leistet seit dem Zweiten Weltkrieg einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der europäischen Politik.

Unter strikter Beachtung des in Kopenhagen im Dezember 2002 erhaltenen Mandates enthält diese Mitteilung die Empfehlung der Kommission bezüglich der Türkei sowie – im Anhang – die Schlußfolgerungen des Regelmäßigen Berichts über die Türkei. Der Regelmäßige Bericht beleuchtet die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt in den vergangenen zwölf Monaten. Darin werden auch die Leistungen in Bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Kriterien bewertet, die das Land seit dem Helsinki-Beschluß des Europäischen Rates im Jahr 1999 vorzuweisen hat. Die Empfehlung und die Begleitdokumente schaffen eine Grundlage für eine Entscheidung des Europäischen Rates, die für die Zukunft der Europäischen Union von grundlegender politischer Bedeutung ist.

Darüber hinaus haben die Kommissionsdienststellen auch eine Bewertung der Fragen vorbereitet, die mit der Perspektive einer Mitgliedschaft der Türkei verbunden



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Dieses Bild gehört beinahe überall zum Alltag. Doch wird sich diese Türkin einmal als EU-Bürgerin in allen Mitgliedsländern frei niederlassen können?

sind. Die Ergebnisse dieser Bewertung werden in der vorliegenden Mitteilung vorgestellt. Auf dieser Grundlage wird eine Strategie vorgestellt, die auf drei Säulen beruht. Die erste Säule betrifft die Zusammenarbeit zur verstärkten Unterstützung des Reformprozesses in der Türkei, insbesondere im Hinblick auf die fortdauernde Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen. Sie wird sich auf eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft stützen, welche Prioritäten vor allem für den Reformprozeß festlegen wird, sowie auf eine verbesserte Heranführungsstrategie.

Die zweite Säule schlägt die spezifischen Bedingungen für die Führung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor. Es werden einige vorläufige Hinweise in Bezug auf die Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen

für den Fall gegeben, daß der Europäische Rat im Dezember einen entsprechenden Beschluß fassen sollte.

Die dritte Säule sieht einen wesentlich verstärkten politischen und kulturellen Dialog vor, der Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten und der Türkei zusammenbringen soll. Der Beitritt der Türkei bedürfte einer gründlichen Vorbereitung, um eine reibungslose Integration zu ermöglichen, welche die Errungenschaften von fünfzig Jahren europäischen Einigungsprozesses verstärkt. Dies ist ein Prozess mit offenem Ende, dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren läßt. Ungeachtet des Ausgangs der Verhandlungen oder des anschließenden Ratifizierungsprozesses müssen die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sicherstellen, daß die Türkei vollständig in europäischen Strukturen verankert bleibt.

Der Bundeskanzler

In einer ersten Reaktion hat Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schäussel in einem Interview mit dem ORF festgestellt, das „Ja“ zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen sei ein „bedingtes Ja“ gewesen, das eine ganze Reihe von ernst zu nehmenden Kritikpunkten enthalte. Das seien viele Kriterien, die in der Türkei noch nicht erfüllt würden, es gebe auch auch viele Fragen, die die Union selbst betreffen: betreffend die Kosten, die Landwirtschaft, die Zuwanderung, Fragen des Arbeitsmarktes. Und deshalb bemühe sich ja auch die Kommission, zwar Beitrittsverhandlungen zu empfehlen, aber zugleich formuliere sie, daß das Ergebnis dieses Prozesses offen sein müsse.

Während der Beitrittsverhandlungen wird die Entwicklung in der Türkei genauestens beobachtet werden. Sollte es zu gravierenden Veränderungen zum Nachteil von Demokratie, Menschenrechten usw. kommen, können die Gespräche – je nach Gewicht – ausgesetzt oder auch sogar abgebrochen werden.

Die nächsten Schritte beschreibt der Kanzler so, daß nun zunächst einmal ist die holländische Präsidentschaft am Zug sei. Die müsse ja überhaupt erst einen Beschluß-

Europapolitik

antrag formulieren, die aber vorhergehende inhaltliche Verhandlungen bedingen. „Dann müssen die Holländer einen Vorschlag machen. Über den können wir dann natürlich in etwa zwei Monaten im österreichischen Parlament diskutieren. Und dann beginnt ja überhaupt erst dieser Verhandlungsprozeß“, so Schüssel, der sich wünscht, daß sein Angebot, die Opposition und natürlich auch an den Koalitionspartner voll zu informieren, parteipolitisch kontroverielle verhindern und einen Konsens aller Parlamentsparteien ermöglichen werde.

Der Frage, ob es eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei geben solle, meint Schüssel, diese Frage habe man noch bei jeder europäischen Entscheidung gestellt: „Ich denke, daß wir jetzt einmal den nächsten Schritt setzen sollen und nicht wie die Franzosen jetzt schon nachdenken, ob wir in 15 Jahren irgendwann einmal eine Volksabstimmung abhalten.“ Er habe eine Umfrage gesehen und als ganz interessant gefunden, daß zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher für ehrliche und offene Verhandlungen mit der Türkei mit einem offenen Ende, möglicher Beitritt, möglicher Wirtschaftsraum oder eine eigene Partnerschaft einträten. Sie wollten aber keine Festlegung jetzt. Nur ein Drittel sei überhaupt dagegen, den Verhandlungsprozeß oder die Verhandlungen mit den Türken weiterzuführen. „Das ist eigentlich eine sehr vernünftige Basis. Auf der möchte ich gerne weiter arbeiten“, so der Bundeskanzler.

Die Außenministerin

Österreichs noch amtierende Außenministerin, Dr. Benita Ferrero-Waldner, hält die Berichte der Europäischen Kommission „ohne einer eingehenderen Analyse und Diskussion der EU-Mitgliedsstaaten vorgreifen zu wollen, für informative Dokumente.“ Sie bedeuteten eine wertvolle Grundlage für die beim Europäischen Rat am 17. Dezember. „Wie aus dem Fortschrittsbericht hervorgeht, erfüllt die Türkei die politischen Kopenhagener Kriterien nach wie vor nicht zur Gänze. So stehen etwa klaren Fortschritten im Bereich der Gesetzgebung noch deutliche Defizite vor allem im Gesetzesvollzug gegenüber“, so die Außenministerin weiter.

„Die Kommission hat zwar die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen, ist jedoch auf die Nachhaltigkeit des Reformprozesses bedacht. Sie sieht daher in ihren Empfehlungen die Möglichkeit einer Suspendierung der Verhandlungen im Falle



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel (li.) im Gespräch mit dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan im Juli 2003 Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Grundfreiheiten vor.“

Die auf österreichische Initiative erstellte Impactstudie, welche die Auswirkungen eines EU-Beitritts der Türkei auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bewertet, enthalte auch deutliche Hinweise auf Probleme und Risiken, insbesondere im

Bereich der Migration und der Personen- und Niederlassungsfreiheit. „Natürlich gilt unser besonderes Augenmerk auch den finanziellen Auswirkungen, vor allem im Agrarbereich und bei den Strukturfonds. Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei darf ja keinesfalls dazu führen, daß die Stoßkraft der Integration geschwächt wird. Diesen berechtigten Bedenken wird in den Empfehlungen und Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission zum Teil Rechnung getragen, wenn etwa für einige Bereiche sehr lange Übergangsperioden oder – wie für die Arbeitnehmerfreizügigkeit – permanente Schutzklauseln überlegt werden. Es ist angesichts der vielen Unwägbarkeiten interessant, daß sogar die Kommission darauf hinweist, es handle sich bei den Türkei-Verhandlungen um einen Prozeß mit offenem Ausgang.“

Ferrero-Waldner begrüßte auch die Absicht der Europäischen Kommission, eine vertiefte Analyse der Auswirkungen eines möglichen türkischen EU-Beitritts vorlegen zu wollen.

Der SPÖ-Vorsitzende

Die Haltung der SPÖ zur Frage potentieller EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sei klar und wesentlich „konvergenter“ als bei anderen Parteien, erklärte deren Parteivorsitzende, Dr. Alfred Gusenbauer. An erster Stelle müßten die Vertiefung und Konsolidierung der EU, die Ratifizierung der EU-Verfassung und die künftige Finanzierung der EU stehen. An zweiter Stelle auf der Tagesordnung komme die Ausarbeitung

Türkei wartet seit 1964

Obwohl die Türkei bereits 1964 ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen und 1987 einen Beitrittsantrag gestellt hat, wurde sie erst auf dem Gipfel von Helsinki 1999 formal als Beitrittskandidat anerkannt. Bislang ist noch kein Beschluß über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gefaßt worden. Ein wesentliches Problem stellt die Situation in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Rechte der Minderheiten dar. Im Dezember 2002 räumten die Regierungen der EU-Staaten jedoch ein, daß die Türkei in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum wichtige Schritte zur Reformierung ihrer Rechtsvorschriften unternommen hat. Wenn der Rat auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission im Dezember 2004 feststellt, daß die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, wird die EU Beitrittsverhandlungen aufnehmen.

Quelle: Europäisches Parlament

Europapolitik

eines Vertragskonstrukts mit der Türkei – „EWR plus/minus“ –, das für eine Zusammenführung der EU mit anderen Nicht-EU-Mitgliedstaaten beispielgebend sein sollte, so Gusenbauer weiter. „Die EU ist heute nicht reif für einen Beitritt der Türkei, und wie ich derzeit auch aus dem EU-Kommissionsbericht schließen kann, ist auch die Türkei heute nicht reif für einen EU-Beitritt.“ Diese Haltung habe dem Parteipräsidium vorgetragen, das dies ohne eine Gegenstimme akzeptiert habe. Am Kommissionsbericht kritisierte er, daß die Auswirkungen eines Türkei-Beitritts auf die EU zu wenig beleuchtet würden; „wir dürfen uns nicht mit rhetorischen Beruhigungsspielen abspesen lassen“. Vor weiteren Erweiterungsschritten müsse es zu einer Vertiefung und Konsolidierung der EU kommen – die EU der 25 müsse eine gelebte Gemeinschaft und gegen europakritische Tendenzen wasserdicht gemacht werden“, so Gusenbauer.

Die zweite Frage sei dann, wie die EU, die sich selbst konsolidieren müsse, mit Staaten wie der Türkei umgehe. „Die Grenzen der EU sind nicht geografisch, sondern nach sozialer, politischer und wirtschaftlicher Integrationsfähigkeit der Staaten zu definieren. Nicht alle Staaten in Europa können zu jedem Zeitpunkt Mitglied der EU sein“, so Gusenbauer, der aber gleichzeitig darauf hinwies, daß es wichtig sei, ein konstruktives Verhältnis zu diesen Staaten zu schaffen. Schon derzeit seien einige Nicht-EU-Länder mit der EU über den EWR oder bilaterale Verträge verbunden. Es müsse für jene Staaten, die ein engeres Verhältnis zur EU suchten, eine Lösung gefunden werden, so der SPÖ-Vorsitzende, der vorschlägt, ein Vertragskonstrukt mit der Türkei zu verhandeln, das für die Beziehung mit anderen Nicht-EU-Staaten beispielgebend sein sollte. Er, Gusenbauer, habe bereits die Lösung "EWR plus/minus" vorgeschlagen. Die Arbeit an einem solchen Vertragswerk sei unverzüglich aufzunehmen.

Der SPÖ-Vorsitzende betonte weiters, dass er die Reformschritte der Türkei als sehr positiv schätze. Den Bericht der Kommission werde man interessiert studieren. Offensichtlich sei, daß es bei der Umsetzung der neuen Rechte in der Türkei Probleme gebe – die SPÖ sei daher zu dem Schluß gekommen: „Die EU ist heute nicht reif für den Beitritt der Türkei und – wie auch bisher aus dem Bericht hervorgeht – die Türkei ist heute nicht reif für einen EU-Beitritt“, so Gusenbauer, der hinzufügte, daß sich dies „hoffentlich in Zukunft ändern wird“.

Der FPÖ-Klubobmann

FPÖ-Klubobmann Herbert Scheibner kritisierte die Empfehlung der EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen: „Die notwendigen Kriterien für eine Aufnahme von Verhandlungen sind einfach nicht gegeben.“ Es wäre ehrlicher und besser gewesen, allgemeine Verhandlungen über eine engere Kooperation zwischen EU und Türkei zu führen, meinte Scheibner. Der Umstand, daß die Kommission bei ihrer Empfehlung ausdrücklich auf die Situation der Menschenrechte in der Türkei hingewiesen habe und indirekt Defizite in diesem Bereich bestätige, sei ein Argument gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. In dieser Richtung sei es auch zu verstehen, daß ausdrücklich Verhandlungen mit offenem Ausgang geführt würden. Im Hinblick auf den Ratsbeschluß sollten daher die Verhandlungen in Richtung einer Kooperation geführt werden und nicht als Einbahnstraße in Richtung Vollbeitritt.

Die FPÖ werde auf die österreichischen Verhandlungsführer in diesem Sinne einwirken, sagte Scheibner. Eine Ratifizierung eines EU-Beitritts der Türkei werde die FPÖ jedenfalls ablehnen. „Die Türkei ist sicher ein wichtiges Partnerland für Europa. Man muß aber der türkischen Regierung signalisieren, daß es andere Wege geben muß, diese Partnerschaft zu pflegen und zu entwickeln, als durch eine Vollmitgliedschaft bei der Europäischen Union.“

Der Bundessprecher der Grünen

Der Bundessprecher der Grünen, Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, begrüßt die Empfehlung der EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. „In der Türkei hinkt die Praxis bei den Menschenrechten, bei der Gleichberechtigung der Frau und der Minderheiten der Gesetzeslage noch weit hinterher. Die Türkei, hat daher noch einen weiten Weg zu gehen bis zu einem möglichen Beitritt. Es ist daher zu begrüßen, daß die EU-Kommission klar gestellt hat, daß es sich um Verhandlungen mit einem offenen Ausgang handelt“, so Van der Bellen. Er sieht aber auch Handlungsbedarf auf Seiten der EU. So müsse die Vertiefung der EU weiter vorangetrieben werden und die Integration der süd-osteuropäischen Staaten müsse Priorität haben und vor oder gleichzeitig mit einem Abschluß der Verhandlungen mit der Türkei erfolgen. „Die

Verhandlungen mit der Türkei sollen nicht von der Situation am Balkan ablenken. Die EU steht also vor gewaltigen Aufgaben“, so Van der Bellen.

Von der Bundesregierung fordert Van der Bellen nun eine seriöse Information der Bevölkerung über die Folgen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei. „Die Behandlung dieses wichtigen Unternehmens der EU darf nicht hinter geschlossenen Polstertüren erfolgen, sondern muß für die Bevölkerung nachvollziehbar gemacht werden“, so Van der Bellen.

Der Wirtschafts-kammerpräsident

Wirtschaftskammer-Präsident Dr. Christoph Leitl stellte fest, „wir werden jetzt daran gehen, die Erweiterung der erweiterten EU weiterzuführen und voranzutreiben, was in erster Linie Rumänien, Bulgarien und die Länder des Balkan betrifft. Gleichzeitig müssen wir aber auch in andere Richtungen denken und dabei ist die Türkei ein großes Thema, ebenso wie in weiterer Sicht etwa die Ukraine oder Russland.“ Die Frage der Erweiterung sei aber nicht nur eine wirtschaftliche sondern vor allem auch eine politische und mentale. Dabei müsse vor allem darauf geachtet werden, daß künftige Erweiterungsprozesse von der Union selbst verkraftet werden könnten. Vor einem neuen EU-Beitritt müsse es aber eine gültige EU-Verfassung und die Zustimmung der europäischen Bevölkerung dazu geben. ■

Factsheet Türkei

Staatsform: Republik

Fläche: 779.452 km²

Bevölkerung: rund 66,5 Mill. Einwohner (Juli 2001), zum Großteil Türken, 98% sind Moslems; Bevölkerungszuwachs durchschnittlich 1,25% p.a.

Städte: Ankara, Hauptstadt (ca. 5 Mill. Ew.), Istanbul (ca. 11 Mill. Ew.; Handels- und Industriezentrum, wichtigster Importhafen), Izmir (ca. 3,5 Mill. Ew.; wichtigster Exporthafen), Adana (ca. 2,5 Mill. Ew.; Landwirtschaft, Textilindustrie), Bursa (ca. 2 Mill. Ew.; Landwirtschaft, Textil- und Autoindustrie), Konya (ca. 2 Mill. Ew.; Landwirtschaft, Metallverarbeitung).

Klima: Mediterran-pontisch, mediterran bis typisch kontinental – heiße Sommer und kalte Winter, niederschlagsarm.

Quelle: Außenwirtschaft Österreich

»Die Türkei in Europa – Mehr als ein Versprechen?«

Im Rahmen einer Veranstaltung der Österr. Gesellschaft für Europapolitik und der Österr. Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen wurde der Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission der Öffentlichkeit präsentiert.

Der ehemalige Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Albert Rohan, präsentierte als Berichterstatter der Unabhängigen Türkei-Kommission die Ergebnisse der mehrmonatigen Beratungen über Vor- und Nachteile eines eventuellen Beitritts der Türkei zur Europäischen Union.

Die Kommission wurde im März 2004 über Initiative ihrer Mitglieder gegründet. Zweck ist es, zu einer objektiveren und rationaleren Debatte der Vorteile und Probleme eines EU-Beitritts der Türkei beizutragen. Themen, die von der Europäischen Kommission zu prüfen sind, wurden nicht im Detail behandelt.

Mitglieder dieser Kommission sind Martti Ahtisaari (aus Finnland, er ist Vorsitzender), Kurt Biedenkopf (Deutschland), Emma Bonino (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Bronislaw Geremek (Polen), Anthony Giddens (Großbritannien), Marcelino Oreja Aguirre (Spanien), Michel Rocard (Frankreich), Albert Rohan (aus Österreich, er ist Berichterstatter). Die Kommission wird durch den British Council und Open Society Institute unterstützt.

Der Bericht der Kommission wurde erstmals am 6. September in Brüssel vorgestellt.

Die Türkei und der Europäische Integrationsprozeß

Die Türkei hatte immer eine klare westliche Orientierung und wurde als Teil Europas akzeptiert: „Westernisierung“ des osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert. 1856 erfolgte die Aufnahme in das „Europäische Konzert“, 1963 die Errichtung einer säkularen Republik durch Kemal Atatürk; Mit-

gliedschaft in den europäischen Institutionen (Europarat, OECD, NATO, OSZE, EBRD; Assoziation mit EWG, 1996 schließlich wurde die Zollunion mit der EU eingeführt.



Die grundsätzliche Mitgliedschaftsfähigkeit der Türkei wurde von den europäischen Regierungen seit 40 Jahren immer wieder bestätigt und der Beitritt von der Erfüllung der Kriterien abhängig gemacht.

Die formelle Anerkennung der Türkei als Beitrittskandidat durch den Europäischen Rat 1999 und die Entscheidung von 2002 über die Möglichkeit einer Verhandlungsaufnahme nach Dezember 2004 hat in der Türkei einen dramatischen Reformprozeß ausgelöst: 8 legislative „Harmonisierungspakete“ und Dutzende von Verfassungsänderungen betreffen Menschen- und Minderheitenrechte, Abschaffung der Todesstrafe, Maßnahmen gegen Folter, Verwendung von Minderheitensprachen in Medien und Erziehung, religiöse Freiheiten, Frauenrechte, Verringerung der Rolle des Militärs etc.

Die gesetzliche Transformation ist umfassend, die Umsetzung in der Praxis erfordert allerdings noch Zeit und weitere Anstrengungen.

Falls die Europäische Kommission in ihrem Bericht (Oktober 2004) bestätigt, daß die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt hat, ist ein positiver Be-

schluß des Europäischen Rates im Dezember über die Eröffnung der Verhandlungen eine politische Notwendigkeit. Andernfalls würde die EU jegliche Glaubwürdigkeit verlieren, und der türkische Reformprozeß vermutlich zusammenbrechen.

Bei der Entscheidung im Dezember geht es nicht um den Beitritt der Türkei, sondern um die Aufnahme von Verhandlungen. Diese werden lange dauern, ein Beitritt wird kaum vor 2015 möglich sein; bis dahin werden sich sowohl die EU, wie auch die Türkei beträchtlich verändert haben.

Vorteile

- Die einzigartige geo-politische Position der Türkei an der Schnittstelle von Balkan, Mittelmeer, Mittlerer Osten, Zentralasien und Kaukasus, Regionen von vitaler Bedeutung für die Sicherheit Europas.
- Die Rolle der Türkei als wichtiges Transitland für die Energieversorgung und als Schlüssel für den Zugang Europas zu den Ressourcen des Mittleren Ostens, Zentralasiens und darüber hinaus.
- Die beträchtliche militärische Stärke der Türkei, zu einem Zeitpunkt, da die EU ihre neue Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickelt.
- Das große Potential der türkischen Wirtschaft, mit einer jungen, dynamischen Arbeitskraft.
- Die wichtige Rolle der Türkei als großes muslimisches Land in den Beziehungen mit der islamischen Welt. Der Beweis, daß Demokratie und Islam nicht unvereinbar sind. Herausforderungen
- Wegen ihrer Größe und speziellen Charakteristika würde die Türkei die

Europapolitik

Heterogenität der EU vertiefen und die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft des Integrationsprozesses akzentuieren. Eine grundsätzliche Veränderung der Union und ihrer Institutionen wäre allerdings nicht zu erwarten.

- Die Türkei wäre ein Kandidat für beträchtliche finanzielle Hilfe. Konkrete Vorhersagen über die Höhe der Transfers wären jedoch spekulativ, da diese von den Finanzpolitiken der EU zum Zeitpunkt des Beitritts, dem Ergebnis der Verhandlungen und den Entwicklungen der türkischen Wirtschaft abhängt.
- Die unterschiedlichen religiösen und kulturellen Traditionen der Türkei verursachen gewisse Ängste. Europa muß sich daher entscheiden, ob es ein geschlossener „christlicher Klub“ oder eine offene, inklusive und multireligiöse Gesellschaft sein will. Die verbreitete Furcht vor einer fundamentalistischen Entwicklung in der Türkei übersieht, daß das säkulare System dort nach 80 Jahren tief verwurzelt ist. Im übrigen wäre der beste Schutz wohl eine feste Verankerung des Landes in der Union europäischer Demokratien.

Migration

- Erfahrung mit früheren Beitritten zeigt, daß die Mobilität der Menschen gering ist. Bewegungsfreiheit für die Türkei würde erst nach längeren Übergangsfristen, wahrscheinlich nicht vor 2025 einsetzen. Bis dahin wird ein beträchtlicher Wirtschaftsaufschwung erwartet und die Geburtenrate in der Türkei wird weiter abgenommen haben. Die Vorhersagen der türkischen Migration gehen weit auseinander, als häufigste Prognose werden insgesamt 2,7 Mio angenommen. Dies wäre etwa 0,5 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung.
- In 20 Jahren wird die Abnahme und Veralterung der europäischen Bevölkerung eine Zuwanderung dringend notwendig machen, um das Wirtschaftsniveau und die großzügigen Sozialsysteme halbwegs erhalten zu können. Das – eher bescheidene – Migrationpotential der Türkei dürfte sich dann als ein wichtiger wirtschaftlicher Vorteil erweisen.

»Privilegierte Partnerschaft«

Auf Grund von Assoziation, Zollunion und Beitrittspartnerschaft besteht mit der



Dr. Albert Rohan, präsentierte als Berichterstatter der Unabhängigen Türkei-Kommission, der Vorsitzende der Kommission, der ehemalige Finnische Ministerpräsident Martti Ahtisaari, und Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Wolte, Vorstands- und Beiratsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (v.l.n.r.)

Foto: Alexander Ch. Wulz

Türkei bereits seit langem ein Sonderverhältnis. Die Türkei hat vollberechtigt am Europäischen Konvent teilgenommen, der Ministerpräsident ist bei den Europäischen Gipfeltreffen anwesend. Es ist nicht ersichtlich, welchen zusätzlichen Wert eine „Privi-

legierte Partnerschaft“ hätte. Türkischerseits würde sie als Mitgliedschaft zweiter Klasse angesehen und daher abgelehnt werden.

Schlußfolgerungen

- Angesichts der jahrzehntelangen Verbindung der Türkei mit dem europäischen Integrationsprozeß, den wiederholten Verpflichtungserklärungen seitens der europäischen Regierungen und dem umfassenden türkischen Reformprozeß ist die Verhandlungseröffnung im Falle einer positiven Empfehlung durch die Europäische Kommission eine politische Notwendigkeit.
- Einige der mit einem EU Beitritt der Türkei verbundenen Herausforderungen sind durchaus real und nicht zu unterschätzen. Sie sind aber nicht unüberwindbar und sollten einen türkischen Beitritt nicht verhindern.
- Die Vorteile eines Türkei-Beitritts sind ebenso offensichtlich. Zusammen mit den zu erwartenden negativen Folgen einer Zurückweisung der Türkei überwiegen sie gegenüber den Risiken einer türkischen Mitgliedschaft.
- Die Türkei ist ein großes, wichtiges und stolzes Land. Nachdem ihre Beitrittsfähigkeit jahrzehntelang bestätigt wurde, hat sie allen Grund zur Annahme, im Fall einer Erfüllung der Kriterien in der EU willkommen zu sein. Europa muß die Türkei nunmehr mit Fairneß und dem nötigen Respekt behandeln. ■

Gesellschaft für Europapolitik

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) wurde 1991 als überparteiliche und unabhängige Plattform aufgrund einer Idee des damaligen Europa-Staatssekretärs Dr. Peter Jankowitsch gegründet. Sie ist in dieser Form und mit ihren Aufgaben die einzige regierungsunabhängige Einrichtung in Österreich, die auf einer derart breiten Basis steht.

Primäres Ziel der Gesellschaft ist die Beseitigung des Informationsdefizites betreffend die Europäische Union und die Entwicklung des Integrationsprozesses.

Um dieses Ziel zu erreichen, versorgt die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Interessenvertretungen, private Vereine und andere am Integrationsprozeß Beteiligte und Interessierte mit Informationen, um ein koordiniertes Zusammenwirken aller positiven Kräfte zu fördern. <http://www.euro-info.net>

Außenministerin wird EU-Kommissarin

Benita Ferrero-Waldner wird für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik verantwortlich sein. Sie stellte sich einem Hearing im Europäischen Parlament, das wir – in leicht gekürzter Form wiedergeben.

Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen waren Ihres Erachtens von besonderer Bedeutung für Ihre Nominierung und Ihre künftige Aufgabe als Kommissionsmitglied?

Ferrero-Waldner: Am 1. Januar 1995 trat Österreich der Europäischen Union bei. Am 4. Mai 1995 wurde ich als Staatssekretärin im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten Mitglied der österreichischen Regierung. Seitdem habe ich meine Tätigkeit innerhalb der österreichischen Regierung fortgesetzt und übernahm am 4. Februar 2000 den Posten des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten. In dem alles entscheidenden ersten Jahrzehnt der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union und in einer Zeit, in der historische Schritte im europäischen Einigungsprozeß vollzogen wurden, hatte ich Gelegenheit, die Entwicklung von einer besonderen Warte aus zu verfolgen und als Regierungsmitglied einen persönlichen Beitrag zur Gestaltung der österreichischen Politik zu leisten, die wiederum über die europäischen Institutionen auch die politische Entwicklung Europas mitprägen konnte. Mein beruflicher Hintergrund ist hauptsächlich, jedoch nicht ausschließlich von meiner Laufbahn im österreichischen Auswärtigen Dienst geprägt. Mein Aufstieg durch die verschiedenen Dienstgrade gewährte mir einen guten Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Institutionen, und in meinen politischen Ämtern hatte ich Gelegenheit, viele führende Persönlichkeiten der internationalen Politik kennen zu lernen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Weite Reisen in alle großen Hauptstädte und viele abgelegenen Regionen der Welt, eine enge Zusammenarbeit mit den wichtigsten internationalen Organisationen und regelmäßige Treffen mit einzelnen Bürgern und ihren Vertretern bildeten in den letzten zehn Jahren die Grundlage meiner Arbeit.

Während seiner Präsidentschaft der OSZE im Jahr 2000 lenkte Österreich beson-

dere Aufmerksamkeit auf die Lage im Kaukasus und in Zentralasien, und in dieser Zeit konnte ich aus erster Hand Erfahrungen bei der Behandlung der langfristigen politischen Probleme sammeln, vor denen diese beiden Regionen stehen.



Die designierte EU-Kommissarin Dr. Benita Ferrero-Waldner

Foto: Hopi-Media

Schließlich gab mir meine Bewerbung um das Amt des österreichischen Staatspräsidenten im Frühjahr 2004 die Möglichkeit, einen umfassenden persönlichen Eindruck von den politischen Prioritäten, Sorgen und Erwartungen von Bürgern aus allen Gesellschaftsschichten meines Landes zu gewinnen. Die Zukunft Europas ist ein Hauptanliegen der Bürger Österreichs, und ein offener und lebendiger Meinungs-austausch blieb mir nicht erspart. Mein überzeugtes Eintreten für den europäischen Einigungsprozeß ist allseits bekannt und war stets ein entscheidender Faktor bei meinen Entscheidungen als Mitglied der österreichischen Regierung.

Unabhängigkeit

Wie verstehen Sie Ihre Verpflichtung, Ihr Amt unabhängig auszuüben, und wie beab-

sichtigen Sie, diesen Grundsatz konkret in die Praxis umzusetzen?

Ferrero-Waldner: Als Mitglied der Europäischen Kommission werde ich der vertragsmäßigen Verpflichtung, im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft die volle Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung meiner Aufgaben zu wahren, ohne jede Einschränkung nachkommen. Bei der Erfüllung meiner Pflichten werde ich Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Ich werde auch jede Handlung unterlassen, die mit meinen Aufgaben unvereinbar ist. Ich kann dem Parlament ferner versichern, daß ich gemäß diesen Bestimmungen während meiner Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Tätigkeit ausüben werde. Ich werde also keine leitende Position in der Wirtschaft übernehmen und kein staatliches Amt bekleiden. Ich habe auch keine geschäftlichen Interessen.

Darüber hinaus kann ich bestätigen, daß ich jede notwendige Vorkehrung treffen werde, um Interessenskonflikte bei der Wahrnehmung meiner Aufgaben zu vermeiden. Bei der Formulierung einer Politik im allgemeinen Interesse der Union muß die Kommission ein möglichst breites Meinungsspektrum berücksichtigen. Ich bin fest entschlossen, diesen Grundsatz bei meinen Entscheidungen anzuwenden. Ich werde versuchen, im Meinungsstreit den richtigen Mittelweg zu finden und zu verhindern, daß die Entscheidungsfindung über Gebühr durch externen Druck beeinflusst wird. Meines Erachtens bieten das Kollegialitätsprinzip, die ständige Abstimmung zu Fragen der Außenbeziehungen innerhalb der Kommission sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Hohen Vertreter sowie den Mitgliedstaaten eine Gewähr für die Wahrung des allgemeinen Interesses der Gemeinschaft.

Könnten Sie das Europäische Parlament über Einzelheiten Ihrer in jüngster Zeit ver-

Europapolitik

folgten bzw. aktuellen geschäftlichen, finanziellen und politischen Interessen und Positionen sowie ggf. anderer Verpflichtungen, die mit Ihren künftigen Aufgaben kollidieren könnten, informieren?

Ferrero-Waldner: Nach einer Tätigkeit als Angestellte in der Privatwirtschaft von 1971 bis 1983 wurde ich 1984 Beamtin im Dienste des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Mein Verdienst richtete sich nach der veröffentlichten Besoldungsordnung für Beamte. Vom Januar 1994 bis Mai 1995 war ich als Protokollchefin der Vereinten Nationen in New York tätig. Dort richtete sich mein Verdienst nach der veröffentlichten Vergütungsordnung der Vereinten Nationen.

Am 4. Mai 1995 wurde ich Mitglied der österreichischen Regierung. Mein Einkommen, das öffentlich bekannt ist, sowie mein Vermögen sind seit fast zehn Jahren Gegenstand der parlamentarischen Kontrolle und werden auch regelmäßig vom österreichischen Rechnungshof geprüft. ...

Zukunft der Europäischen Union

Selbstverständlich sind die Kommission und ihre Mitglieder bis zur uneingeschränkten Ratifizierung des Verfassungsvertrags an die bestehenden Verträge gebunden. Welche Maßnahmen kann die Kommission nach Annahme des Verfassungsvertrags Ihrer Ansicht nach bereits jetzt treffen, ohne die offizielle Ratifizierung abzuwarten?

Ferrero-Waldner: Die Einigung auf den Verfassungsvertrag war ein wichtiger Durchbruch bei der Gestaltung einer demokratischeren und handlungsfähigeren Europäischen Union. Ich habe die Absicht, nach besten Kräften zum erfolgreichen Abschluß des Ratifizierungsverfahrens beizutragen, das in den kommenden zwei Jahren im Mittelpunkt der Bemühungen stehen wird. Während die Mitgliedstaaten ja dafür zuständig sind, den Verfassungsvertrag nach den eigenen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu ratifizieren, fällt der Kommission die wichtige Aufgabe zu, die Öffentlichkeit über alle Aspekte der europäischen Integration aufzuklären. Ich stehe bereit, die Bürger Europas und insbesondere Österreichs weiterhin in verständlicher und sachlicher Weise über Ziele und Inhalte des Verfassungsvertrags zu informieren, ohne mich dabei zu sehr in die Debatte auf nationaler Ebene einzumischen.

...

Generell bin ich der Ansicht, daß die Kommission – soweit im Rahmen der bestehenden Verträge möglich – bei all ihren Maßnahmen und Vorschlägen bereits jetzt dem Geist des neuen Verfassungsvertrags Rechnung tragen sollte.

Die Lissabon-Strategie ist eine zehnjährige Strategie, die die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten, wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten Wirtschaftsraum der Welt machen soll. Die Lissabon-Strategie umfaßt die drei Pfeiler der nachhaltigen Entwicklung: Wirtschaft, Sozialwesen und Umwelt. Dieser Zeitrahmen fällt mit Ihrer Amtszeit zusammen. Was würden Sie als Mitglied der Kommission tun, um die Verwirklichung der Ziele von Lissabon zu beschleunigen, und welche sollten Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Prioritäten sein?

Ferrero-Waldner: Die Lissabon-Strategie ist für das Wachstum in Europa und damit für den steigenden Wohlstand unserer Bürger von entscheidender Bedeutung.

Wie der designierte Kommissionspräsident Barroso vor dem Europäischen Parlament bereits erklärt hat, werden die Halbzeitüberprüfung und die Neubelebung der Lissabon-Strategie im Jahr 2005 zu den zentralen Prioritäten der neuen Kommission gehören. Wie er bin auch ich fest davon überzeugt, daß wir alle – auf europäischer und auf nationaler Ebene – zusammenarbeiten sollten, um die Umsetzungsdefizite zu überwinden. Vor diesem Hintergrund werden wir die Schlußfolgerungen der hochrangigen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Herrn Wim Kok mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen. Was meinen Beitrag zur Arbeit der Kommission in diesem Bereich anbetrifft, so werde ich dabei besonders hervorheben, daß sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in unseren Partnerländern, insbesondere den von der Europäischen Nachbarschaftspolitik erfaßten Ländern, eine Reihe strategischer Prioritäten verfolgt werden muß, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Zudem muß die Union meines Erachtens ihre Wettbewerbsfähigkeit in der heutigen Weltwirtschaft steigern und zwar durch den Aufbau von Partnerschaften mit Industrieländern wie den USA und Schwellenländern wie China und Indien und durch Förderung unseres Modells der nachhaltigen Entwicklung. Innerhalb der EU müssen meiner Ansicht nach das System der europäischen Governance und die euro-

papolitische Kommunikation verbessert werden, um auf allen Ebenen in den Mitgliedstaaten die Akzeptanz und Eigenverantwortung für notwendige Reformen zu fördern. Bei den Sozialpartnern und den anderen betroffenen Gruppen muß die Unterstützung für die Ziele von Lissabon unbedingt gestärkt werden. Darüber hinaus muß die entscheidende Rolle der Mitgliedstaaten betont und der Eindruck vermieden werden, politisches Handeln auf EU-Ebene würde alleine ausreichen.

Schließlich, wie der designierte Kommissionspräsident Barroso bereits angedeutet hat, müssen in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, das stärker in diesen Prozeß eingebunden werden sollte, die Entscheidungs- und Koordinierungsprozesse auf EU-Ebene verbessert werden.

Wie gedenken Sie, das Ansehen der Kommission in der Öffentlichkeit zu verbessern?

Ferrero-Waldner: Aufgrund meines voraussichtlichen Zuständigkeitsbereichs (*war zum Zeitpunkt dieses Hearings noch nicht definitiv, Anm. d. Red.*) bin ich der Überzeugung, daß es nicht nur darum geht, das Ansehen der Kommission in der Öffentlichkeit zu verbessern, sondern ganz allgemein darum, sowohl den eigenen Bürgern als auch unseren Partnern im Ausland ein positives Bild und ein besseres Verständnis der EU zu vermitteln. Ich werde mich darum bemühen, die Arbeit der EU für unsere Bürger verständlicher und greifbarer zu machen, ihr ein erkennbares, menschliches Gesicht zu verleihen und die Erwartungen unserer Bürger an die Außenbeziehungen der EU zu erfüllen. Ich habe die Absicht, mich so weit wie möglich in die nationale Debatte in Österreich und den anderen Mitgliedstaaten einzubringen und im Bereich Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik den Mehrwert der europäischen Perspektive zur Geltung zu bringen. Ich nehme meine Verpflichtung zur Kommunikation mit den Bürgern – sowohl direkt als auch über die Medien – sehr ernst. Diese Kommunikationsaufgabe übernahm ich bereits aktiv im Rahmen der öffentlichen Debatte in Österreich während der Beitrittsverhandlungen mit den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Ich werde auf dieser Erfahrung aufbauen. Im Jahr 1998 zeichnete ich mitverantwortlich für die „Euro-Info-Kampagne“ der österreichischen Regierung, mit der die Einführung der gemeinsamen Währung vorbereitet und die österreichische Bevölkerung mit den

Europapolitik

Zielen dieser wichtigen Neuerung bekannt gemacht wurde.

Die Rolle Österreichs in Europa wurde im Herbst 1998, als mein Land die Präsidentschaft des Europäischen Rates übernahm, zum ersten Mal auf den Prüfstand gestellt. Neben meiner Beteiligung an den politischen Aspekten, zu denen auch die Entwicklungspolitik gehörte, wurde ich auch darum gebeten, die Organisation und Logistik der österreichischen Präsidentschaft zu übernehmen und die Präsidentschaft viele Male im Europäischen Parlament zu vertreten.

Auf europäischer und internationaler Bühne habe ich die feste Absicht, auf der Arbeit meines Amtsvorgängers aufzubauen. Ich werde zur weiteren Verbesserung der Kommunikation zwischen den Organen der EU beitragen, die für das Bild der EU in der Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung ist. Meine Kommunikationspolitik wird vor allem folgende Elemente umfassen: Entwicklung von Kommunikationsstrategien zur Begleitung wichtiger politischer Initiativen in Zusammenarbeit mit der für die Kommunikation zuständigen Vize-Präsidentin; Vorbereitung von Informationskampagnen zu Themen von besonderer Bedeutung; enge und effiziente Zusammenarbeit der mir unterstellten Dienststellen mit den in Brüssel akkreditierten Journalisten und den Medien in den Mitgliedstaaten. Angesichts unserer Verpflichtungen gegenüber den Steuerzahlern und unseren Partnerländern betrachte ich effizientes, solides und transparentes Management in politischen und finanziellen Angelegenheiten als eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des Vertrauens in die Arbeit der Kommission.

Demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber dem EU-Parlament

Wie verstehen Sie Ihre Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament?

Ferrero-Waldner: Die demokratische Rechenschaftspflicht der Kommission und ihrer Mitglieder gegenüber dem Europäischen Parlament ist meines Erachtens von grundlegender politischer Bedeutung und Ausdruck der demokratischen Grundsätze, auf denen unsere Gesellschaften beruhen. Unbeschadet des Kollegialitätsprinzips verrete ich nachdrücklich den Standpunkt, daß jedes einzelne Kommissionsmitglied die politische Verantwortung für Maßnahmen in

seinem Zuständigkeitsbereich trägt. Dies erfordert meines Erachtens ein hohes Maß an Transparenz und täglicher Zusammenarbeit als Grundlage eines regelmäßigen politischen Dialogs zwischen Kommission und Europäischem Parlament.

...

Für wie wichtig halten Sie es, die interinstitutionelle Zusammenarbeit (zwischen Kommission und Parlament), insbesondere mit den parlamentarischen Ausschüssen Ihres Zuständigkeitsbereichs, umzusetzen? Was bedeutet in diesem neuen Kontext für Sie Transparenz im interinstitutionellen Gesetzgebungsverfahren zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission und in den interinstitutionellen Beziehungen generell?

Ferrero-Waldner: Die Weiterentwicklung der europäischen Außenbeziehungen muß sich auf die einschlägigen Vertragsbestimmungen und auf die enge institutionelle Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Hohen Vertreter und der Kommission stützen. Vertrauen sowie ein offener und konstruktiver Dialog und Informationsaustausch, einschließlich regelmäßiger Briefings, müssen die Grundlage dieser Zusammenarbeit bilden, die auf den bestehenden Kooperationsverfahren aufbauen muß. Als Außenministerin eines Mitgliedstaates habe ich diese Grundsätze in meinen Beziehungen zum nationalen Parlament angewandt, und ich werde auch gegenüber dem Europäischen Parlament nicht davon abrücken.

...

Vor allem im Bereich der Außenpolitik, die ja auf die Stärkung der Rolle und Position Europas in der Welt und den Ausbau unserer Zusammenarbeit mit Drittländern ausgerichtet ist, trägt die Kommission nach meiner Überzeugung eine besondere Verantwortung dafür, dem Standpunkt des Europäischen Parlaments Rechnung zu tragen und das Parlament so weit wie möglich in den politischen Prozeß einzubeziehen. Wie mein Vorgänger Chris Patten lege ich großen Wert auf den Aufbau guter Beziehungen insbesondere zu dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und den anderen Ausschüssen und Gremien, die sich mit Fragen der Außenbeziehungen befassen. Ich werde bei jeder passenden Gelegenheit die Einladung zur Teilnahme an Ausschußsitzungen annehmen. Ich biete Ihnen allen einen offenen Meinungsaustausch an, damit ich Ihre Anliegen und die Anliegen der Menschen, die Sie vertreten, kennen lernen

und darauf zufrieden stellende Antworten geben kann.

...

Voraussetzung für das von mir angestrebte gegenseitige Vertrauen ist die Transparenz. Auch gegenüber unseren Bürgern sind Transparenz und aktive Kommunikation von großer Bedeutung, denn sie tragen zur Glaubwürdigkeit unserer Politik bei. Ich werde mich in meiner Arbeit von diesen Grundsätzen leiten lassen.

Gender-Mainstreaming

Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um sicherzustellen, daß das Konzept der durchgängigen Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Ihrem speziellen Politikbereich umgesetzt wird? Verfügen Sie über eine politische Strategie, und welche finanziellen und personellen Mittel sind Ihrer Ansicht nach erforderlich, um die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Ihrem Geschäftsbereich zu verwirklichen?

Ferrero-Waldner: Als Frau werde ich sehr darauf achten, daß in allen Konzepten und Programmen von GD RELEX und GD EuropeAid die Gleichstellung von Frauen und Männern systematisch berücksichtigt und damit der Grundsatz des Gender-Mainstreaming im Bereich der Außenbeziehungen konsequent umgesetzt wird.

Dabei werde ich dem im Aufbau befindlichen Netz der Kontaktstellen für Gender-Fragen in GD RELEX besondere Aufmerksamkeit schenken. Diese Stellen sind dafür zuständig, die Umsetzung des von der Kommission erarbeiteten Aktionsprogramms für die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft zu überwachen und die Fachreferate bei der Einbeziehung geschlechterspezifischer Fragen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

...

Darüber hinaus werde ich dafür sorgen, daß auch in allen thematischen Schwerpunktgebieten der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) die Gleichstellung von Frauen und Männern durchgängig berücksichtigt wird. Im Rahmen dieser Initiative wird eine Vielzahl von Projekten finanziert, die speziell auf die Förderung der Gleichstellung in Drittländern ausgerichtet sind.

Quelle: Europäisches Parlament

Aus den Bundesländern

Stärkung der regionalen Post-Struktur im Burgenland

Die regionale Post-Struktur des Burgenlandes wurde mit der offiziellen Eröffnung der „Kurier.Express.Paket-Zustellbasis“ (KEP) in Neudörf/Leitha nachhaltig gestärkt. Von der Marktgemeinde aus wird die Post AG mit 52 Mitarbeitern, davon 35 Zusteller, den Großraum Eisenstadt, Mattersburg und NÖ Süd – ein Gebiet von rund 200.000 Einwohnern – mit täglich etwa 5.000 Paketen und EMS-Sendungen versorgen. Insgesamt gliedert sich die Österreichische Post AG in die Geschäftsfelder Brief, Filialnetz, Infomail, KEP und Medienpost. Bundesweit gibt es 21 derartige KEP-Zustellbasen.

Durch diese Maßnahme wird Neudörf/Leitha als ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum des Burgenlandes weiter aufgewertet. Gerade Neudörf hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Bei der letzten Volkszählung gab es bei der Bevölkerung ein Plus von fast 19%. Derzeit sind rund 150 Betriebe hier angesiedelt. Diese Zahl ist seit Anfang der 90er Jahre um 25% gestiegen.

Landeshauptmann Hans Niessl: „Mit dieser Dynamik ist die Gemeinde Neudörf auch ein Spiegelbild für das Burgenland. Denn das Burgenland zählt heute zu den wachstumsstärksten Bundesländern.“ ■

Spatenstich für Südspange Melk

Der Spatenstich für dieses Bauvorhaben fand am 20. September statt. Durch die neue Straßenverbindung zwischen der A 1 Westautobahn, Anschlußstelle Melk, und der Landesstraße L 5337 (Dorfnerstraße) werden die Birago-Kaserne, das ÖAMTC Fahrtechnikzentrum Melk und der Verkehr der Landesstraße L 5339 (Rosenfelderstraße) direkt an die A 1 angebunden.

Mit dem Bau der Südspange gelingt es, das Stadtgebiet von Melk vom Verkehr zu entlasten und eine Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität für die Stadtbewohner zu erreichen. Die 1,1 Kilometer lange Trasse wird als zweistreifige Fahrbahn mit einer Breite von 6 Metern ausgeführt. Mit der Verkehrsfreigabe ist im Herbst 2005 zu rechnen. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf rund 850.000 Euro. ■

Kärntner Agrarbericht 2003: Positives und Negatives

Über die Lage der Kärntner Land- und Forstwirtschaft 2003 informierte Agrarlandesrat Josef Martinz am 27. September. Einerseits sei die Zahl der bäuerlichen Betriebe in Kärnten konstant geblieben, berichtete Martinz, andererseits sei aber auch die bäuerliche Arbeit von Preisverfall und Katastrophen nicht verschont geblieben.

Die konstant bleibende Zahl an bäuerlichen Betrieben zeige, daß „unsere Bauern Tag für Tag mit Mut und Zuversicht an ihre Arbeit gehen“, betonte Martinz. Insgesamt bewirtschaften 28.000 Bauern eine land- oder forstwirtschaftliche Fläche in Kärnten. 22.000 besitzen mindestens einen Hektar und 13.000 führen ihre Betriebe nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Auf diesen 13.000 Höfen leben insgesamt 75.000 Menschen. Zwei Drittel dieser Höfe befinden sich in sogenannter extremer Lage, das heißt sie sind auf Grund von Klima, Hanglage oder Seehöhe benachteiligt. Von den in Kärnten insgesamt 254.200 Erwerbstätigen arbeiten 16.000 in der Landwirtschaft, das sind 6,5 Prozent.

Ein weiteres Indiz für die Zuversicht der Land- und Forstwirte sei auch deren konstante Investitionstätigkeit im letzten Jahr, so der Agrarlandesrat weiter. 180 Millionen Euro investierten sie in die Zukunft ihrer Betriebe. „Damit ist die Landwirtschaft auch der zentrale Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum, denn dieser Rückfluß in die Betriebe ist hö-

her als in anderen Branchen und 50 Prozent der Investitionssumme fließen direkt in branchennahe Betriebe“, erläuterte Martinz.

Insgesamt erwirtschafteten die Kärntner Land- und Forstwirte einen Produktionswert von 537 Millionen Euro. Zwei Drittel davon kommen aus der Landwirtschaft, ein Drittel aus der Forstwirtschaft. „Mit diesem Wert liegt Kärnten im österreichweiten Vergleich an der hervorragenden vierten Stelle“, sagte der Agrarlandesrat. Innerhalb der Landwirtschaft dominiert die tierische Produktion.

Das Jahr 2003 habe aber die bäuerliche Arbeit vor Preisverfall und Katastrophen nicht verschont: „Durch globale Entwicklungen und witterungsbedingte Einflüsse sind die Einkünfte unserer Land- und Forstwirte um sechs Prozent zurückgegangen“, berichtete Martinz. Kärnten habe damit die Einkommenssteigerung aus dem Jahr 2002 verloren und auch den negativen Bundestrend mitgemacht. Die Dürre habe neben dem Preisverfall bei Schweinefleisch (-7,3 Prozent) und bei der Milch (-6,3 Prozent) den Bauern besonders zugesetzt. Nur ein Bruchteil sei mit 1,3 Millionen Euro Entschädigung aufgefangen worden, so der Agrarlandesrat. „Da die tierische Produktion in Kärnten mit 54 Prozent des gesamten Produktionswertes dominiert, waren die Bauern damit doppelt getroffen.“ Doch sehe er für 2004 bereits die Erholung des Marktes, sodaß man guter Dinge sein könne. ■

Bayern und OÖ: strategische Zusammenarbeit

Bayern und Oberösterreich wollen ihre leistungsfähige, nachhaltige und flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft auch künftig erhalten. Darauf haben sich der Landesrat von Oberösterreich, Dr. Josef Stockinger und Landwirtschaftsminister Josef Miller in Augsburg verständigt. Beide forderten, daß im neuen EU-Programm „Ländliche Entwicklung“ von 2007 bis 2013 ausreichende Möglichkeiten für eine gezielte Weiterentwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft vorgesehen werden. Die Verordnungsentwürfe liegen mittlerweile vor. Die Ziele der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes ab 2007 sind folgende:

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft,
- Schutz von Umwelt und Landschaft durch Förderung der umweltgerechten Landbewirtschaftung,
- Steigerung der Lebensqualität in den ländlichen Gebieten – wirtschaftliche Diversifizierung, Dorfentwicklung.

„Entscheidend ist für die Bauern, daß gerade für den Bereich der Investitionsförderung ausreichend Mittel vorgesehen werden“, erklärten Landwirtschaftsminister Miller und Agrar-Landesrat Stockinger. ■

»Rheintalpark«

Die Zukunft des Lebens- und Wirtschaftsraumes Rheintal erweckt als Studienthema internationales Interesse. So haben sich im Rahmen eines Masterprogrammes der Hochschule für Technik Rapperswil Fachleute aus Deutschland, Finnland, der Schweiz, Taiwan und Thailand mit der künftigen Entwicklung des nördlichen Alpenrheintals beschäftigt. Die studentischen Arbeiten verstehen sich als Beitrag zur "Vision Rheintal".

Unter diesem Titel lassen Land und Gemeinden ein räumliches Entwicklungsleitbild erarbeiten, das der Urbanisierung des Rheintales Rechnung trägt: Zeigte die Landkarte noch vor wenigen Jahrzehnten verstreute Dörfer und „Städtle“, zieht sich heute ein fast geschlossenes Siedlungsband von Bregenz bis Feldkirch – eine „Agglomeration“. Lebensraum und Menschen sind städtischer geworden, woraus sich sowohl Herausforderungen als auch Chancen ergeben.

Die Teilnehmer am Kurs der Fachhochschule Rapperswil sind engagierte Landschaftsarchitekten, die sich berufsbegleitend weiterbilden wollen und bis zu 20 Jahre Erfahrung mitbringen. In ihren Arbeiten widmen sie sich vor allem der „grünen Mitte“ des Rheintals. ■

Kein Anstand? 1000 Euro Strafe

Steiermarks Landeshauptmann Waltraud Klasnic legte Ende September den Entwurf eines neuen Landessicherheitsgesetzes zur Beschlußfassung vor. In diesem Entwurf wird der Tatbestand der „Anstandsverletzung“ an öffentlichen Orten und die damit verbundenen Rechtsfolgen neu geregelt. § 2 Abs. 2 enthält eine Definition in Anlehnung an die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes. Danach ist dieser Tatbestand auch erfüllt, wenn jemand „öffentliche Einrichtungen, wie insbesondere Denkmäler oder Brunnen in anstößiger Weise nützt“. Künftig dürfen Sicherheitsbeamte Personen auffordern, die sich einer Anstandsverletzung schuldig machen, das rechtswidrige Verhalten einzustellen und im Falle der Nichtbefolgung der Anweisung vom Tatort wegweisen. Die Höchststrafe, die Verwaltungsbehörden nach einer Übertretung dieses Gesetzes verhängen können, beträgt 1000 Euro. ■

Tirol: Ausbau der Wasserkraft

Tirols Landeshauptmann Dr. Herwig van Staa, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der TIWAG, LHStv. Ferdinand Eberle, und der Vorstandsvorsitzende der TIWAG, Dr. Bruno Wallnöfer, stellten am 27. September fest, daß der Ausbau der Wasserkraft in Tirol in der Koalitionsvereinbarung festgehalten sei. „Die Geschäftsführung der Tiroler Wasserkraft AG wurde vom Eigentümer, dem Land Tirol und dem Aufsichtsrat beauftragt, bis spätestens Jahresende einen Optionenbericht vorzulegen, in dem alle möglichen Wasserkraftressourcen, die sich zur Stromerzeugung eignen und die technisch machbar sind, aufgelistet sind. In einem weiteren Schritt werden alle angeführten Projekte in den Fachabteilungen des Landes geprüft.

Alle Projekte, die aus ökologischen Gründen nicht machbar sind, werden ausgeschlossen. Die Umweltverträglichkeit der Kraftwerksprojekte ist ein primäres Anliegen.“

„In der Folge werden diese Projekte mit den Betroffenen auf regionaler und kommunaler Ebene diskutiert und die Meinung der lokalen Interessenten wird eingeholt. Danach wird die Landesregierung eine Entscheidung treffen, welche neuen Wasserkraftwerke in Tirol gebaut werden sollen, und diese Entscheidung den Organen der TIWAG mitteilen“, erklärte van Staa die weitere Vorgangsweise. Aufgrund der Höhe der Investitionen wird der Tiroler Landtag mit dieser Frage befaßt werden. Eine Zustimmung des Landtages sei unumgänglich. ■

Einwohnerzahl Salzburgs stieg auf mehr als 525.000

Mit 1. Jänner 2004 hatten rund 525.500 Personen im Land Salzburg ihren Hauptwohnsitz. Das sind um rund 3.000 Einwohner mehr als zu Jahresbeginn 2003. Der Zuwachs war ähnlich hoch wie bereits im Jahr 2002, in dem sich der Bevölkerungsstand um zirka 3.200 Personen erhöht hat, und erheblich größer als in früheren Jahren. Zuletzt gab es im Jahr 1994 ein ähnlich hohes Bevölkerungswachstum. Verglichen mit dem Stand der letzten Volkszählung im Mai 2001 hat die Einwohnerzahl des Landes Salzburg um rund 10.100 Personen oder 2,0 Prozent zugenommen. Dies geht aus den vom Landesstatistischen Dienst unter der Leitung von Mag. Josef Raos vorgelegten endgültigen Ergebnissen der Bevölkerungsforschung per 1. Jänner 2004 hervor. Sie bestätigen die bereits vor dem Sommer vorgestellten vorläufigen Zahlen und bringen eine Fülle zusätzlicher Informationen, vor allem über die Ursachen des Bevölkerungswachstums.

Mit einer Zunahme um 1,4 Prozent vom Mai 2001 bis zum Beginn des Jahres 2003 – für den 1. 1. 2004 liegen noch nicht für alle Bundesländer die Zahlen vor – war die Bevölkerungsdynamik in Salzburg stärker als in allen anderen Bundesländern. Lediglich Tirol erreichte ein ähnlich hohes Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerungszahl Österreichs hat sich im selben Zeitraum um 0,5 Prozent erhöht. Salzburg stellt damit 6,5 Prozent

der Wohnbevölkerung Österreichs. Das Bevölkerungswachstum des Jahres 2003 wurde überwiegend, und zwar zu 70 Prozent, von der Wanderungsbilanz, den Überhang der Zuzüge über die Wegzüge, getragen; 30 Prozent des Zuwachses entfielen somit auf die Geburtenbilanz, den Überhang der Geburten über die Sterbefälle. Bereits 2002 „dominierte“ die Wanderungsbilanz mit einem Anteil von 60 Prozent das Bevölkerungswachstum, während das Bevölkerungswachstum zwischen den Volkszählungen 1991 und 2001 noch überwiegend durch die Geburtenbilanz zu Stande kam (58 Prozent), und nur 42 Prozent des Zuwachses auf das Konto der Wanderungsbilanz gingen.

Die Zahl der Ausländer stieg im Jahr 2003 um rund 600 Personen auf nunmehr zirka 65.100. Damit stellen sie 12,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Fast die Hälfte davon (31.700) sind Staatsbürger eines Nachfolgestaates des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien, das nun der EU angehört); ausserdem leben in Salzburg 10.400 Deutsche, 8.100 Türken, 4.100 Staatsangehörige von „alten“ EU-Ländern sowie 2.500 Personen aus Ländern, die heuer der EU beigetreten sind. Dazu kommen noch 8.300 Personen aus anderen Staaten.

2.681 Ausländer wurden im vergangenen Jahr eingebürgert; das sind 4,2 Prozent der zum 1. Jänner 2003 in Salzburg wohnenden Ausländer. ■

Ohmann'sche Wienflußverbauung

Beachtliche Leistung für einen der herausragendsten Bauten des Wiener Jugendstils

Ein Stück historisches Wien erstrahlt in neuem Glanz. Die Ohmann'sche Wienflußverbauung beim Stadtpark, ein Paradestück Wiener Baukunst der Jahrhundertwende, ist nunmehr fertiggestellt. Das historische Bauwerk wurde seit Dezember 2001 unter der Aufsicht des Generalplaners, Architekt Manfred Wehdorn, von der Stadt Wien – durch die MA 29 und mit Mitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds – instandgesetzt.

„Mit der Ohmann'schen Wienflußverbauung ist einst die besonders ästhetische Verbindung zwischen Architektur und Natur gelungen. Die Integration dieser Anlage in das Weltkulturerbe Wien-Innere Stadt war daher ein wichtiger und logischer Schritt. Im Bewußtsein der historischen Bedeutung wurde somit bei der Instandsetzung des Bauwerks sehr großer Wert auf die handwerkliche Detailtreue gelegt“, stellt Planungsrat Rudolf Schicker zufrieden fest. „Die großzügige Anlage ist eines der schönsten und am besten erhaltenen Jugendstilensembles Österreichs“, erklärte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. „Die Wiederherstellung daher nahezu eine Verpflichtung“.

Das 1903 bis 1906 nach Plänen von Friedrich Ohmann und Josef Hackhofer entstandene Wienflußportal mit seinen Kolonnaden, Pavillons, Freitreppen und Uferpromenaden zählt zu den herausragendsten Bauten des Jugendstils in Wien. Jetzt sind



weite Bereiche wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Einzelne Teilbereiche im Nahbereich der Baustelle des Wientalkanal bleiben aber noch gesperrt. Grund dafür ist die Unterfahrung der Kleinen Ungarbrücke durch die Schildmaschine. „Diese Teile werden im Herbst nach der Unterfahrung der Brücke hergerichtet und dann für die Fußgängerinnen und Fußgänger freigegeben“, erläutert Abteilungsleiter Winter. Ebenso würden die Wasserspiele wegen der kom-

menden kalten Jahreszeit erst im nächsten Jahr aktiviert. Die Bepflanzung sei jedoch schon im Hinblick auf das nächste Frühjahr hergestellt.

Das Wienflußportal im Stadtpark entstand im Zuge der Regulierung des Wienflusses und ist eines der großen Meisterwerke des Jugendstils von europäischer Bedeutung. Der Entwurf geht auf den Architekten Krieghammer zurück. Nach dessen Tod 1898 beauftragte die Stadt Wien den Architekten Friedrich Ohmann mit den Planungen, der seinerseits ab der 2. Hälfte des Jahres 1900 den Architekten Josef Hackhofer als Mitarbeiter heranzog.

Die Bauführung erfolgte 1903-1906. Die geplante künstlerische Ausgestaltung mit wasserspeienden Elefanten und einem Schleier-Wasserfall über dem Schlußstein des Portals wurde aber aus Kostengründen von der Stadt Wien nie realisiert. Aus historischen Gründen wurde auch verzichtet, diese im nachhinein zu installieren. Die originalen Baukosten vor rund hundert Jahren betragen 556.000 Kronen, die Instandsetzung heute veranschlagt rund 4,6 Mio. Euro. Etwa eine halbe Million Euro davon wird von den Wiener Altstadterhaltungsfonds an denkmalpflegerischen Kosten finanziert.

Die Generalinstandsetzung der Ohmann'schen Wienflußverbauung war aufgrund statischer Schäden und dem, nach rund einhundertjähriger Bestandsdauer verständlichen, generellen Materialverschleiß notwendig geworden.

Die Generalsanierung umfaßt alle Bauteile der sogenannten Ohmann'schen Wienflußverbauung im Stadtpark zwischen Johannesgasse und Kleine Ungarbrücke, im Besonderen:

- Die gesamte Eingangszone in den Stadtpark entlang der Johannesgasse mit den beiden Pylonen, die das Wappen der Stadt Wien tragen.
- Das monumentale Bauwerk des eigentlichen Wienflußportals mit den Pavillons, den steinernen Arkaden und den zur Promenade hinabführenden Stiegenanlagen.
- Die beiden Promenaden mit allen dazugehörigen Stiegenanlagen, den Stützmauern samt Balustraden und der künstlerischen Ausgestaltung. ■



Export als Konjunkturmotor

Wirtschaftsprognose für 2004 und 2005. *Von Ewald Walterskirchen.*

Die europäische Wirtschaft wurde heuer von der Verbesserung der Weltwirtschaft erfaßt. Die hohe Dynamik der Exporte hatte eine kräftige Steigerung der Sachgüterproduktion zur Folge. In Österreich wie im Euro-Raum wird das Wachstum des BIP heuer real 1,9% erreichen. Im Jahr 2005 wird die Zunahme des Welthandels an Schwung verlieren, in Europa dürfte jedoch die Inlandsnachfrage stärker zum Wachstum

beitragen. Die zuletzt stark steigenden Rohölpreise bilden jedoch ein Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.

Die Konjunkturerholung hat sich im ersten Halbjahr beschleunigt. Dank der Belebung der Weltwirtschaft und der Stabilisierung des Euro-Kurses nahmen die Exporte kräftig zu. Die Wirtschaft wird deshalb heuer in Österreich – ebenso wie im Euro-Raum – um 1,9% wachsen. Im Jahr 2005 wird die

Expansion wegen der Effekte der Steuerreform mit +2,5% höher sein als im Euro-Raum. Dabei wird angenommen, daß sich die Nachfrage zunehmend vom Export zu Investitionen und Konsum verlagert. Die Impulse von der Weltwirtschaft (insbesondere aus den USA) werden im nächsten Jahr nachlassen. Risiken für den weiteren Konjunkturverlauf gehen vor allem vom weiteren Anstieg der Erdölpreise und einer möglichen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	3,4	0,8	1,4	0,7	1,9	2,5
Nominell	4,9	2,8	2,7	2,6	3,3	4,3
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	6,4	1,5	0,5	-0,2	4,5	4
Handel, real	3,7	-0,0	1,2	1,3	1,3	2,5
Private Konsumausgaben, real	3,3	1,4	0,8	1,3	1,6	2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	6,2	-2,3	-2,8	5,3	2,2	3,5
Ausrüstungen ²⁾	11,8	-2,1	-5,2	7,7	4	5,5
Bauten	1,9	-2,5	-0,7	3,3	0,7	1,7
Warenexporte ³⁾						
Real	13,1	7,5	5,2	2,7	8,3	6,8
Nominell	15,6	6,5	4,2	1,9	9,5	7,5
Warenimporte ³⁾						
Real	10,9	5,7	0,8	6,3	5,3	7,1
Nominell	14,7	5	-2,0	5	7,5	7,8
Leistungsbilanzsaldo						
Mrd. Euro	-5,36	-4,13	0,36	-2,04	-1,62	-1,92
In % des BIP	-2,6	-1,9	0,2	-0,9	-0,7	-0,8
Sekundärmarktrendite ⁴⁾ , in %	5,6	5,1	5	4,2	4,2	4,3
Verbraucherpreise	2,3	2,7	1,8	1,3	2,1	2
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	3,7	3,6	4,2	4,1	4,2	4,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	5,8	6,1	6,9	7	7,1	6,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	0,9	0,4	-0,5	0,2	0,6	0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition), in % des BIP	-1,5	0,3	-0,2	-1,1	-1,3	-1,9

1) Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – 2) Einschließlich sonstiger Anlagen. – 3) Laut Statistik Austria. – 4) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 5) Labour Force Survey. – 6) Laut Arbeitsmarktservice. – 7) Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfaßte arbeitslose Schulungsteilnehmer.

unzureichenden Übertragung des Exportbooms auf die Investitions- und Konsumnachfrage aus.

Die Ausfuhr ist die einzige Stütze der verbesserten Wirtschaftslage, sie wächst heuer real um 8¼%. Dabei profitiert die österreichische Exportwirtschaft insbesondere von den engen Zulieferbeziehungen zu deutschen Unternehmen. Mittelfristig hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Sachgüterproduktion deutlich verbessert. Dies erleichtert es den Unternehmen, in der Weltwirtschaft ihre Chancen zu nutzen. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung steigt 2004 real um 4½%, gut doppelt so rasch wie jene der Gesamtwirtschaft. Im kommenden Jahr wird sich die Exportzunahme parallel zur Expansion des Welthandels abschwächen. Das Wirtschaftswachstum muss sich dann stärker auf die Inlandsnachfrage stützen.

Die Aufwärtstendenz der Exporte und der Kapazitätsauslastung sollte gemeinsam mit einer Steigerung der Gewinne die Investitionskonjunktur in Gang bringen. Der WIFO-Investitionstest deutet darauf hin, die verfügbaren Investitionsdaten für das erste Halbjahr lassen ein Anspringen der Investitionstätigkeit jedoch noch nicht erkennen (abgesehen von aus steuerlichen Gründen vorgezogenen Fahrzeuginvestitionen). 2003 waren die Bauinvestitionen eine wichtige Stütze der Konjunktur. Dazu trug neben den öffentlichen Tiefbauprogrammen auch die beschleunigte Abwicklung von Bauprojekten vor dem Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung Ende 2003 bei. Nach diesem Effekt nehmen die Bauinvestitionen heuer nur sehr mäßig und weniger als erwartet zu.

Der private Konsum wächst im Jahr 2004 mit +1½% wesentlich langsamer als im längerfristigen Durchschnitt. Einerseits wird die Realeinkommensentwicklung durch die Energieverteuerung gebremst, andererseits geht die Sparquote der privaten Haushalte trotz des „Zwangskonsums“ teurer Energie nicht zurück. Der anhaltende Anstieg der Rohölpreise macht eine Revision der Inflationsprognose notwendig: Die Teuerungsrate wird 2004 2,1% erreichen und im nächsten Jahr nur geringfügig sinken. Die Energieverteuerung trägt heuer 0,3 Prozentpunkte zum Preisauftrieb bei. 2004 nehmen die Realeinkommen je Arbeitnehmer kaum zu. Im Jahr 2005 bringt jedoch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer eine merkliche Erhöhung der Nettoeinkommen. Darüber hinaus trägt die erwartete deutliche Beschäftigungsausweitung zum Anstieg der verfügbaren Einkommen bei. Die Steigerung des pri-

vaten Konsums dürfte deshalb 2005 mit +2,5% dem mittelfristigen Trend nahe kommen.

Die Beschäftigung reagierte bereits auf die Konjunkturverbesserung. Heuer steigt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 17.500 und 2005 um 28.000. Zunehmend werden auch neue Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich 2004 noch um 4.000 auf 244.000 und nimmt 2005 im selben Ausmaß ab. Das Angebot an Arbeitskräften wird auch 2005 kräftig steigen, der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt bleibt hoch.

Das Maastricht-Defizit der öffentlichen Haushalte fällt heuer mit 1,3% des BIP deutlich höher aus als erwartet. Hohe Ausfälle an Einkommen- und Körperschaftsteuer sind infolge der Investitionszuwachsprämie zu erwarten. Die Mindereinnahmen an Mehrwertsteuer dürften in der zweiten Jahreshälfte geringer ausfallen, da im Vorjahresvergleich mit einem kräftigen Konsumzuwachs zu rechnen ist. Die Anhebung der Wachstumsprognose berührt die prognostizierten Einnahmen des Staates kaum, da sie sich auf den Export beschränkt. Im kommenden Jahr wird das Defizit des Staatshaushaltes etwas unter der 2%-Marke liegen, wenn die umfangreiche Senkung der Körperschaft- und Einkommensteuer durch Einmalmaßnahmen teilweise ausgeglichen werden kann. ■

Das WIFO

analysiert die österreichische und internationale Wirtschaftsentwicklung und erarbeitet kurz- und mittelfristige Prognosen. Gemeinsam mit Studien zur europäischen Integration, zu Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität liefern diese die wissenschaftliche Grundlage für die Wirtschaftspolitik sowie für unternehmerische Strategien.

Einen wachsenden Teil der Arbeit bilden Auftragsforschung und Beratung für in- und ausländische Entscheidungsträger; Dienststellen der Europäischen Kommission, die OECD, wirtschaftliche Verbände sowie für in- und ausländische Großunternehmen aus Industrie und Finanzwelt.

Wissenschaftlichkeit, moderne empirische Methoden und aktuelle Datenbasis, Vertrautheit mit den institutionellen und politischen Strukturen sichern die Qualität der Leistungen, internationale Kooperationen ergänzen sie über Österreich hinaus. Unabhängigkeit und Überparteilichkeit verleihen den Aussagen des WIFO besonderes Gewicht.

<http://www.wifo.ac.at>

Handel auf Ertragsdiät

Die Umsatzrentabilität, das ist der Gewinn vor Ertragssteuern in Prozent des Umsatzes, beträgt im österreichischen Handel rund 1,5 Prozent. Im sektoralen Vergleich ist die Ertragskraft der Großhandelsbetriebe mit rund 1,8 Prozent – wie in den vergangenen vier Jahren – am stärksten, während der Einzel- (1,1 Prozent) und der Kfz-Handel (0,9 Prozent) unter dem Gesamtdurchschnitt des Handels liegen. Das ergab die Auswertung von rund 19.700 Jahresabschlüssen von Handelsunternehmen der Bereiche Einzel-, Groß- und Kfz-Handel des Bilanzjahres 2002/2003 durch die KMU Forschung Austria. Im Vergleich mit der marktorientierten Wirtschaft erzielen die Handelsbetriebe im Durchschnitt geringfügig niedrigere Ertragskraft.

Peter Voithofer, stellvertretender Direktor der KMU Forschung Austria, zur Entwicklung gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001/2002: „Nach einer rückläufigen Ertragskraft in allen Handelsbereichen im vorangegangenen Vergleichszeitraum ist die Ertragskraft im Bilanzjahr 2002/2003 im Groß- und Kfz-Handel wieder steigend. Der Einzelhandel verzeichnet im Durchschnitt eine konstante Umsatzrentabilität.“

Im Branchenvergleich weisen Unternehmen aus den Bereichen Elektro- und Fotohandel mit bis zu 100 Millionen Euro Umsatz im Durchschnitt mit rund 2 Prozent die höchste Umsatzrentabilität auf. Am unteren Ende des Rankings befindet sich der Uhren- und Schmuckhandel, der im Durchschnitt einen Verlust in der Höhe von rund 3 Prozent der Betriebsleistung aufweist. Rote Zahlen schreiben im Bilanzjahr 2002/2003 weiters die Branchen Drogerien/Parfümerien und Lebensmittelhandel.

Rund 40 Prozent aller Handelsunternehmen verfügen über kein Eigenkapital – diese Betriebe haben mehr Fremdkapital als Vermögen im Betrieb. Rund 47 Prozent der Einzelhandelsbetriebe, zirka 44 Prozent der Kfz-Handelsbetriebe bzw. rund 28 Prozent der Großhandelsbetriebe sind buchmäßig überschuldet.

Ungebrochen ist die volkswirtschaftliche Relevanz des Handels in Österreich: Er ist mit 50 Prozent des Mehrwertsteuer-Gesamtaufkommens – das sind 7 Prozent der gesamten Staatseinnahmen – der größte Mehrwertsteuer-Zahler. Und der Handel erwirtschaftet ein Fünftel des gesamten rot-weiß-roten Bruttoinlandsproduktes (BIP). ■

Wienerberger übernimmt drittgrößten Ziegelproduzenten in GB

Wienerberger ist der größte Ziegelproduzent weltweit und die Nr. 2 bei Dachsystemen in Europa.

Wienerberger, der weltweit größte Ziegelproduzent, übernimmt mit „thebrickbusiness“ (TBB) den führenden unabhängigen Ziegelproduzenten in Großbritannien und wird nach CRH und Hanson die Nummer 3 am britischen Markt. „Dieser Kauf ist für uns eine strategisch bedeutende Weiterentwicklung“, kommentiert Wolfgang Reithofer, Vorstandsvorsitzender der Wienerberger AG, das Investitionsvorhaben. „Großbritannien ist der bei weitem größte europäische Markt für Vormauerziegel, in dem wir bisher nur mit Importen vertreten waren. Durch den Erwerb von TBB können wir unsere Marktposition signifikant ausbauen. Unser Marktanteil steigt von derzeit 3 auf 17 % und wir werden zu einem der führenden Ziegelanbieter des Landes.“

Wienerberger nutzt somit eine der wenigen Chancen als Produzent mit relevanter Größe in Großbritannien einzutreten und stellt erneut die Strategie des profitablen Wachstums unter Beweis. Der Kaufpreis für TBB wurde inklusive Schulden mit 90,3 Mio. GBP (132,4 Mio. Euro) vereinbart.

„Thebrickbusiness“ ist 2002 aus einer Fusion von Ambion Brick und Chelwood Brick entstanden. Heute ist das Unternehmen mit 9 Fabriken in allen wichtigen Regionen des Landes präsent und bietet ein umfassendes Produktportfolio aus stranggezogenen und Handform-Ziegel. Die künftigen Wienerberger Standorte Cheadle, Colchester, Denton, Eldon, Sandown, Sittingbourne, Steerpoint, Todhills und Warnham verfügen über eine Gesamtkapazität von 340 Mio. britischen Ziegeleinheiten. Im Geschäftsjahr 2003/2004 erwirtschaftete TBB mit 680 Mitarbeitern einen Umsatz von 64 Mio. GBP (93,8 Mio. Euro) und ein um Einmaleffekte bereinigtes EBITDA von 16,5 Mio. GBP (24,2 Mio. Euro).

Zusätzlich erwirbt Wienerberger den vorübergehend stillgelegten und aufgrund der Nähe zu London strategisch bedeutenden Standort Ockley, der über große Rohstoffreserven verfügt. Für die Produktionsstätte Ockley wurde ein Kaufpreis von 8,6 Mio. GBP (12,6 Mio. Euro) vereinbart. Für Umbau- und Optimierungsmaßnahmen sind

weitere Investitionen in Höhe von 4 Mio. GBP (5,9 Mio. Euro) vorgesehen. In Zukunft



Wolfgang Reithofer,
Vorsitzender des Vorstandes
Foto: Wienerberger

soll das Werk Ockley 40 Mio. stranggezogene Ziegeleinheiten produzieren, die im Großraum London abgesetzt werden.

„Für uns ist die geographische Verteilung der TBB Werke ideal“, so Reithofer. „Wir werden alle relevanten Märkte direkt von lokalen Standorten bedienen können.“ Bei der Marktbearbeitung setzt der neue Eigen-

tümer auf das bewährte und starke Management von TBB, das laut Reithofer „ausgezeichnet zu Wienerberger paßt.“

Für die kommenden Jahre rechnet Wienerberger in Großbritannien – mit einem Marktvolumen von 3,3 Mrd. Einheiten der größte europäische Vormauerziegelmarkt – mit einer positiven Entwicklung. „Wir sehen im vergleichsweise niedrigen Niveau des Wohnungsneubaus und im Bevölkerungswachstum Entwicklungschancen für unser Unternehmen auf den britischen Inseln“, so Reithofer. „Außerdem werden wir unsere Technologie-Führerschaft für Erweiterungs- und Optimierungsmaßnahmen nutzen, um Kostenvorteile zu realisieren und unsere Marktposition weiter auszubauen.“

Wienerberger ist seit 2001 durch die Übernahme der Optiroc Ziegel-Aktivitäten mit einer Handelsgesellschaft in Großbritannien präsent. Unter der Marke Terca werden Vormauerziegel im hochwertigen Segment aus Belgien und den Niederlanden importiert. Das umfangreiche und am britischen Markt gut positionierte Sortiment von TBB ist die ideale Ergänzung zum bestehenden Wienerberger Angebot und wird in Zukunft ebenfalls unter dem Markennamen Terca vertrieben.

Erfolgsbilanz bei Übernahmen

Wienerberger hat eine langjährige Erfolgsbilanz bei der Übernahme und Integration von Unternehmen vorzuweisen. Seit Anfang 2001 wurden vier größere Akquisitionen – Optiroc, Megalith, Hanson Brick Continental Europe und Koramic Roofing – sowie eine Vielzahl kleinerer Wachstumsprojekte umgesetzt. „Auf dieses Know-how bauen wir auch bei der Integration von TBB“, so Reithofer. „Wir haben uns bei dieser Akquisition strikt an die Zielvorgaben unseres profitablen Wachstumskurses gehalten, der für Projekte in neuen Märkten einen CFROI von zumindest 17 % im dritten Jahr nach Durchführung vorsieht. Damit werden wir den Unternehmenswert von Wienerberger kontinuierlich weiter steigern.“ ■

Wienerberger ist der größte Ziegelproduzent weltweit und die Nr. 2 bei Dachsystemen in Europa. Zusätzlich bestehen Führungspositionen bei Flächenbefestigungen in Europa, mit derzeit insgesamt 218 Werken in 23 Ländern.

Kerngeschäft:

Nr. 1 bei Hintermauerziegel weltweit
Nr. 1 bei Vormauerziegel in Kontinentaleuropa
Nr. 2 bei Vormauerziegel in USA
Nr. 2 bei Dachsystemen in Europa

Vision und Mission

218 Werke in 23 Ländern

Investor und Public Relations

Wienerberger AG
Wienerbergstrasse 11
A-1100 Wien

<http://www.wienerberger.at>

Emissionshandel kann starten ECRA wird Registerservicestelle

Wirtschaftsgetragene Plattform mit technischer Abwicklung des Emissionshandels beauftragt

Mit der Nominierung der ECRA GmbH als Registerservicestelle kann der Emissionshandel mit 1. Jänner 2005 in Österreich starten. ECRA GmbH – Emission Certificate Registry Austria –, eine Tochter von APCS, Österreichische Kontrollbank, Investkredit, smart technologies, Wirtschaftskammer Österreich und Verbänden der Industrie, wurde als Bestbieter in einem monatelangen Verfahren ermittelt, in dem Experten des Lebensministeriums, des Finanzministeriums und des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums mehrere Angebote prüften. ECRA präsentierte eine österreichische

Software-Lösung und konnte sich gegen Konkurrenz-Produkte aus Großbritannien und Frankreich als Bestbieter durchsetzen.

ECRA konnte das kostengünstigste Angebot unterbreiten. Damit kann den österreichischen Unternehmen im Emissionshandel eine wirtschaftliche Lösung angeboten werden, um hohe bürokratische Kosten zu vermeiden. Zusätzlich ist zur Unterstützung des Handels von Emissionszertifikaten gewährleistet, daß eine Schnittstelle zum Börsenhandel mit CO₂-Emissionen garantiert ist. Österreich wird hier mit der CO₂-Börse EXAA eine Vorreiterrolle einnehmen.

Rechtlich erfolgt die Vergabe einer Dienstleistungskonzession an eine sogenannte Registerservicestelle zur Wahrnehmung

eines Teiles der Aufgaben der technischen Durchführung der Verbuchung von Emissionszertifikaten gemäß § 21 des Emissionszertifikatesgesetzes (EZG) in Auftrag und Kooperation mit der Umweltbundesamt GmbH. Die behördlichen Aufgaben im Rahmen der Durchführung des Emissionshandels werden von der Umweltbundesamt GmbH als Registerstelle durchgeführt.

Derzeit ist von etwa 204 Anlagen im Emissionshandel auszugehen. Die Anlageninhaber haben in der Registerservicestelle die erforderlichen Konten einzurichten und die Verbuchungen der Ausgabe der Zertifikate und aller Transfers (Kauf, Verkauf) vorzunehmen. ■

Informationen: <http://www.bmwa.gv.at>

Internationalisierung macht sich für Österreich bezahlt

Bei der Präsentation des 13. World Investment-Reports der UNCTAD im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz der Oesterreichischen Nationalbank und der UNCTAD in Wien berichtete OeNB-Direktor Dr. Peter Zöllner, daß Österreich seine Spitzenposition bei den Direktinvestitionen in Mittel- und Ost-Europa weiter ausgebaut hat. Dabei kommt speziell der Internationalisierung des Dienstleistungssektors – in erster Linie des Banken- und Versicherungswesens – eine wachsende Bedeutung zu.

Insgesamt entfielen zu Jahresende 2002 über 36% der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland auf Mittel- und Osteuropa, nur noch 37% auf die EU vor der Erweiterung. Da auch im Jahr 2003 lt. Zahlungsbilanzstatistik beinahe die Hälfte aller österreichischen Direktinvestitionen nach Mittel- und Osteuropa geflossen ist, dürften österreichische Investoren ihre Position im vergangenen Jahr weiter ausgebaut haben. Die bisher vorliegenden Daten für das erste Halbjahr 2004 liegen zwar merklich unter dem Niveau des Jahres 2003, doch eine Hochrechnung auf das Gesamtjahr wäre jedenfalls verfrüht, so Zöllner, da beispielsweise die Rekordbeteiligung der OMV in Rumänien in diesen Daten noch nicht enthalten ist. Als Folge dieses weitreichenden Engagements belegt Österreich als Auslandsinvestor in einigen Ländern Spitzen-

plätze: so nimmt es in Slowenien und Kroatien den 1. Rang ein, und belegt in der Slowakei, in der Tschechischen Republik und in Ungarn den 3. Platz.

Nach Ergebnissen der jüngsten Direktinvestitionsbefragung der OeNB belief sich der Wert strategischer Firmenbeteiligungen von Österreichern im Ausland zum Jahreswechsel 2002/2003 auf 40,5 Mrd Euro. Das sind knapp 19% des BIP. Die ausländischen Beteiligungen in Österreich betragen 41,5 Mrd Euro oder exakt 19% des BIP. Laut Zahlungsbilanzstatistik ergibt sich für den Jahreswechsel 2003/2004 eine erwartete Quote von rund 21% des BIP für beide Werte.

Als Sprungbrett für Handel und Investitionen in Mittel- und Osteuropa spielt Österreich laut Zöllner weiterhin eine beachtliche Rolle. Die Zahl unmittelbar ausländisch beeinflusster österreichischer Unternehmen steigt weiter und bereits jeder fünfte österreichische Direktinvestor ist eines dieser Unternehmen.

Die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft schreitet zwar kräftig voran, ist aber noch keineswegs abgeschlossen. Im Vergleich zu anderen kleineren Volkswirtschaften habe Österreich noch einiges aufzuholen. Insgesamt hat sich die Internationalisierung für Österreich bisher bezahlt gemacht, faßt Zöllner abschließend zusammen. ■

Guter Sommer für Weintrauben

Auch in ihrer aktuellen Vorschätzung geht die Statistik Austria von 2,6 Millionen hl Wein für 2004 aus, womit das Vorjahresergebnis um 2% und der Erntedurchschnitt der letzten 10 Jahre um 9% überschritten werden dürfte.

Die trockenwarme Witterung der letzten Wochen beeinflusste die Rebenentwicklung positiv, wodurch der aufgrund der geringen Sonnenstunden im Frühsommer verursachte Entwicklungsrückstand der Trauben teilweise aufgeholt werden konnte. In Teilen Niederösterreichs (nördliches Weinviertel), wo seit Juni keine nennenswerten Niederschläge zu verzeichnen waren, ist auch das momentan feuchtere Wetter zur optimalen Reifung der Reben willkommen.

Allgemein wurde der erhöhte Pilzbefall durch die zuletzt trockeneren Witterungsbedingungen etwas eingedämmt, wird aber nach wie vor als ertragsmindernd angeführt.

Insgesamt wird erwartet, daß alle Bundesländer – verglichen mit dem Erntedurchschnitt der letzten 10 Jahre – positiv bilanzieren. In Niederösterreich bzw. der Steiermark kann mit einer Ernte von 1,65 Mio. hl (+12%) bzw. 178.600 hl (+19%) gerechnet werden und auch im Burgenland wird mit 725.400 hl ein Plus von 1% erwartet, während die Wiener Weinernte mit 20.500 hl heuer „normal“ ausfallen dürfte. ■

Jahrestagung des Auslands- österreichischer-Weltbundes

Über 300 Österreicherinnen und Österreicher aus aller Herren Länder kamen nach Linz, um an der 53. Weltbund-Tagung vom 2. bis 5. September teilzunehmen.



Alle Fotos: Österreich Journal

Mindestens 400.000 Paßösterreicher und rund eine Million Menschen österreichischer Abstammung leben über die ganze Welt verstreut; in diesem Zusammenhang wird daher zu Recht vom „Zehnten Bundesland“ gesprochen. Um die Verbindung mit der alten Heimat nicht abreißen zu lassen, wird vom Auslandsösterreichischer-Weltbund (AÖWB, früher „Weltbund der Österreicher im Ausland“) alljährlich ein Treffen

organisiert, jeweils in einem anderen Bundesland. Die diesjährige, 53. Tagung, fand vom 2. bis 5. September in Linz statt.

Hauptzweck des Treffens ist der Kontakt mit Österreich im allgemeinen und den Bundesländern im besonderen, die Veranstaltung dient auch der Abstimmung politischer, kultureller und strategischer Ziele des Auslandsösterreichischer-Weltbundes sowie der Definition von Serviceleistungen für im Ausland

lebende Österreicher. Die in aller Welt lebenden Paß- und Herzensösterreicher (das sind jene Österreicher, die ihre angestammte Staatsbürgerschaft aufgegeben haben, sich aber weiterhin mit ihrer alten Heimat verbunden fühlen) sind mit ihrem beruflichen und gesellschaftlichen Status in den Gastländern sowie ihrem Bekenntnis zu ihrer österreichischen Heimat ein unschätzbares Potential für Österreich. Es gehört daher



Pressekonferenz zu Beginn der Tagung in Linz: AÖWB-Vizepräsident Dr. Jürgen Em, LH Dr. Josef Pühringer, AÖWB-Präsident Dkfm. Gustav Chlestil, AÖWB-Vizepräsident Prof. Walter Dujmovits und „RotWeissRot“-Cheferedakteurin Inge Dalma (v.l.n.r.)

Österreich, Europa und die Welt

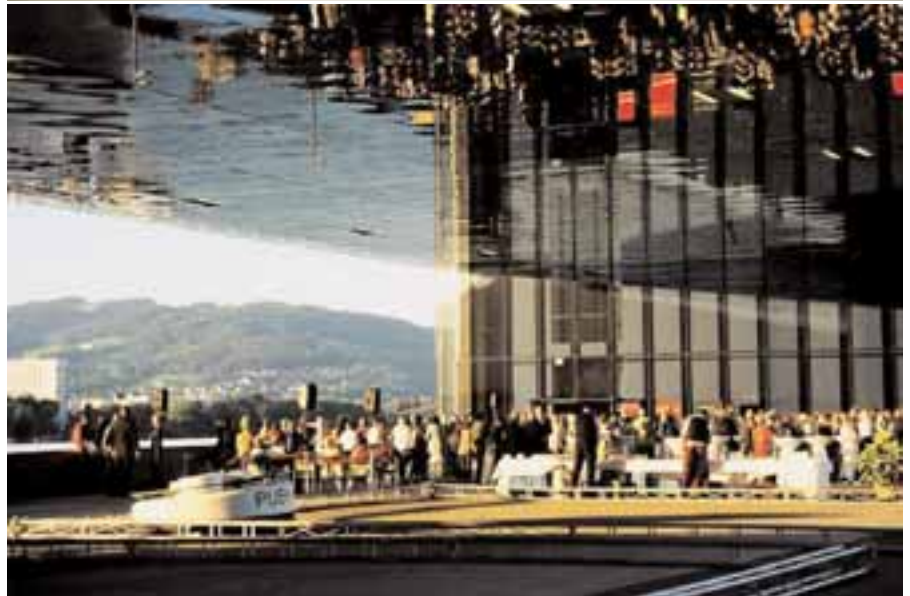
auch zu den Zielen des AÖWB, einerseits dieses Potential im Interesse der Republik zu aktivieren, andererseits aber auch aufzuzeigen welche Leistungen die im Ausland lebenden Österreicher für das Land erbringen.

Nach dem erkämpften Wahlrecht für Auslandsösterreicher bemüht sich der AÖWB weiterhin um eine Vereinfachung des Verfahrens durch Einführung einer echten Briefwahl mit automatischer Zusendung der Wahlkarten. Auch die erleichterte Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist ein primäres Anliegen. Bei Begutachterverfahren von Gesetzesvorlagen, die die Interessen der Auslandsösterreicher betreffen, bemüht sich der Auslandsösterreicher-Weltbund um Einbindung und strebt mittelfristig außerdem eine institutionalisierte Vertretung der Auslandsösterreicher im Nationalrat oder Bundesrat an. Zur spezifischen Information der im Ausland lebenden Österreicher gibt der Auslandsösterreicher-Weltbund viermal jährlich das Magazin „ROT WEISS ROT“ heraus.

Wahlrecht ist gut und wichtig, aber der Zugang dazu ist zu kompliziert

Zu Beginn des Treffens in Linz gab der Präsident des AÖWB, Dkfm. Gustav Chlestil, gemeinsam mit seinen Stellvertretern, Dr. Jürgen Em und Prof. Walter Dujmovits, eine Pressekonferenz, an der auch der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer teilnahm.

Einleitend nahm Chlestil Stellung zum wesentlichsten Anliegen der wahlberechtigten Österreicherinnen und Österreicher – und damit eines der wesentlichsten des AÖWB Stellung: den leichteren Zugang zur Ausübung des Wahlrechtes. „Das Wahlrecht haben wir, doch die Prozedur zur Durchführung ist dergestalt, daß sie fast prohibitiv und die Wahlbeteiligung relativ gering ist“, erklärte Chlestil und nannte die vielen anderen Länder, die ihren Auslandsbürgern das Wahlrecht per Brief bereits seit geraumer Zeit zugestehen, als beispielgebend. Ganz wesentlich sieht Chlestil die Forderung, daß – nicht wie bisher die Wahlkarten angefordert werden müssen, sondern automatisch all jenen zugestellt werden, die in der Wähler-evidenz eingetragen seien. Darin findet der Vorstand massive Unterstützung in Oberösterreichs Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer (VP), wie dieser anlässlich einer Pressekonferenz erklärte.



Drei Mal »Lentos – Kunstmuseum Linz«: Blick auf das Museum von der Donaubrücke aus; Empfang durch die Stadt Linz; Spezialführung durch die Sammlung

Österreich, Europa und die Welt



LH Dr. Josef Pühringer verlieh AÖWB-Präsident Dkfm. Gustav Chlestil das Goldene Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich

Dieser bedankte sich und stellte vorerst fest, es sei eine große Ehre für Oberösterreich, daß der AÖWB seine diesjährige Tagung in Linz veranstalte. Ihm liege „sehr viel an einer starken Bindung zu den Auslandsösterreichern bzw. Auslandsösterreichern.“ Das Land Oberösterreich unternehme auch eine Reihe von Aktivitäten (*so wird auch einmal jährlich unser „Österreich Journal“ vom Land Oberösterreich unterstützt, wofür wir auch an dieser Stelle danken, Anm.d.Red.*), er selbst habe schon des öfteren an Veranstaltungen von Vereinigungen teilgenommen und immer wieder gespürt, daß Auslandsösterreich ein noch größeres Bedürfnis nach Identität mit ihrer Heimat

haben als jene, die zu Hause leben. Und er sei besonders stolz auf die vielen Landsleute seines Bundeslandes, die – draußen in der weiten Welt – etwas geworden wären, etwas erreicht hätten. Sie wären dadurch in den jeweiligen Ländern Botschafter für ihre Heimat geworden. Jeder erfolgreiche Oberösterreicher, gleich wo er lebt, ist für dieses Land eine wichtige Visitenkarte. „Daher begrüße ich alles“, so Pühringer weiter, „was Identität oder ein wenig Heimat für diese Menschen schafft.“

Besonders freute sich der Landeshauptmann, daß mit Dipl.-Ing. Wolfgang Mayr-



Dr. Franz Dobusch, Bürgermeister der Stadt Linz, lud zum Empfang

huber, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Lufthansa AG, diesmal ein Oberösterreicher zum „Auslandsösterreich des Jahres“ gewählt wurde.

Zum Thema Wahlrecht meinte Pühringer, er wisse, daß dies das zentrale Anliegen der Auslandsösterreich sei: „Ich bemühe mich auf Bundesebene um eine vernünftige

Lösung – die derzeitige ist halt sehr aufwendig. Es unterliegt dies der Bundesgesetzgebung, weshalb ich einerseits als Mitglied meiner Partei (ÖVP, Anm.) mitwirken werde, eine Änderung zu erreichen.“ Sollte der derzeit tagende Österreich-Konvent den Bundesländern mehr Spielraum in dieser Frage geben, werde er dem oö. Landtag die Umset-



Gesandter Dr. Thomas Buchsbaum, Leiter der Auslandsösterreichabteilung im Außenministerium, im Gespräch mit Dr. Irmgard Helperstorfer, der Generalsekretärin des AÖWB

zung der Briefwahl für Auslandsösterreich vorschlagen – das könnte dann für Wahlen sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene gelten. Ob dies der Landtag dann genehmigen würde, könne er natürlich heute nicht vorhersehen. Pühringer: „Ich halte das für sehr sinnvoll und werde diesen Schritt auch gehen, wenn eine neue Verfassung uns diese Möglichkeit gibt“, wobei er die Variante, daß die einfache Briefwahl im Bundesgesetz verankert wird, bevorzugt. Was in Deutschland, funktioniere, müsse doch auch in Österreich umsetzbar sein.

In die selbe Kerbe schlug auch Staatssekretär Mag. Helmut Kukacka (VP), der in Vertretung von Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner am darauffolgenden Tag am



v.l.n.r.: LH Dr. Josef Pühringer, Staatssekretär Mag. Helmut Kukacka, AÖWB-Präsident Dkfm. Gustav Chlestil mit seiner Frau Ingrid, »Auslandsösterreich des Jahres« Dipl.-Ing. Wolfgang Mayrhuber mit Begleitung, die AÖWB-Vizepräsidenten Dr. Jürgen Em und Prof. Walter Dujmovits und zwei der AÖWB-Vorstandsmitglieder Alban Vigelius und Dr. Erika Walker

Österreich, Europa und die Welt

Festakt in Linz teilnahm. Ferrero-Waldner, die in den vergangenen Jahren immer bemüht war, an den AÖWB-Tagungen teilzunehmen, war diesmal wegen eines EU-Außenminister-Treffens verhindert.

Kukacka verwies darauf, daß die rund 300.000 Auslandsösterreicher als zehntes Bundesland gesehen werden könnten und sich daher die österreichische Bundesregierung der Anliegen der Auslandsösterreicher besonders annehmen werde. Die Einführung der von den Auslandsösterreichern wiederholt geforderten Briefwahl und die generelle Vereinfachung des Wahlrechts im Ausland werde von der Bundesregierung unterstützt und im Zuge des Österreich Konvents diskutiert.

„Wir hoffen sehr, daß im Zuge des Österreich-Konvents ein Ergebnis zu diesem Thema erzielt wird, damit mehr Auslandsösterreicher ihr Stimmrecht effektiv ausüben können“, bekräftigte der Staatssekretär. Der Wegfall der Zeugenregelung bei der Wahl im Ausland, einfacheres Behördenverfahren und die Nutzung neuer Technologien für e-voting könnten dazu beitragen den Österreichern im Ausland die Ausübung ihres Wahlrechtes zu erleichtern. „Auslandsösterreicher sind die Aushängeschilder unseres Landes. In einer sich globalisierenden Welt, in der die Grenzen zunehmend verschwinden, sollte Österreich alles tun, um diese Bürger ausreichend zu unterstützen“, erklärte der Staatssekretär.

Viele andere Grußadressen erreichten die Tagungsteilnehmer an diesem – auch vom Wetter her gesehen – schönen Wochenende: von Angela Orthner, Erste Landtagspräsidentin, Dr. Franz Dobusch, Bürgermeister der Stadt Linz, und Dr. Christiana Dolezal, dessen Stellvertreterin. Überall wurden sie freundlich aufgenommen, die sie aus allen Kontinenten in die oö. Landeshauptstadt angereist waren, wie etwa im „Lentos – Kunstmuseum Linz“, das erst im Vorjahr eröffnet wurde, oder im „Ars Electronica Center“, wo Spezialführungen angeboten wurden.

Nicht nur hier waren sich die meisten einig: Die Stadt Linz hat sich in den vergangenen Jahren massiv zu ihrem Vorteil verändert. Wer noch die dicke Smog-Glocke über der Donaustadt und die dadurch entstandene triste Stimmung in Erinnerung hat, wird überrascht sein: Linz präsentiert sich als lebens- und liebenswerte Stadt mit ebenso liebenswerter Bevölkerung, die die Einkaufsstraßen bevölkert, sodaß sich so manch andere Großstadt ein Vorbild an Vielfalt und Reinlichkeit nehmen könnte.



Österreich, Europa und die Welt

»Auslandsösterreicher des Jahres 2004«

Auch in diesem Jahr wurde eine herausragende Persönlichkeit zum „Auslandsösterreicher des Jahres“ gewählt: Dipl.-Ing. Wolfgang Mayrhuber, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa AG. Er arbeitet bereits seit mehr als 30 Jahren für dieses Unternehmen und ist sowohl für den Aviation-Konzern mit Logistik, Technik, Touristik und IT zuständig, als auch für die Lufthansa Passage Airlines. Insgesamt ist er damit für 90.000 weltweit tätige Lufthansa-Mitarbeiter verantwortlich.

Das Amt des Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa bekleidet Mayrhuber seit 2003. Darüber hinaus ist der gebürtige Waizenkirchner (Bezirk Grieskirchen/Oberösterreich) Mitglied des Lenkungskreises des Verbandes der Europäischen Fluggesellschaften und bekleidet in seiner Branche



»Auslandsösterreicher des Jahres 2004«: der Oberösterreicher Dipl.-Ing. Wolfgang Mayrhuber, hier im Bild bei seiner launigen Dankesrede

weitere zahlreiche internationale strategische Führungspositionen.

Wolfgang Mayrhuber wurde 1947 geboren, besuchte die Höhere Technische Bundeslehranstalt in Steyr und absolvierte weitere Ausbildungen sowie Trainings am Bloor Institute in Kanada und am Massachusetts Institute of Technology in Boston. Er ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

Für die Teilnehmer stand natürlich die gemeinsame Arbeit für den AÖWB im Vordergrund. Doch hatte Dkfm. Ing. Gustav Chlestil mit seinen Vorstandskollegen und Mitarbeiterinnen nicht nur für den reibungslosen Ablauf der Generalversammlung gesorgt, sondern auch für unbeschwertes Beisammensein im Rahmen von Empfängen, gemeinsamen Mittagessen und einem Abschlußball, die vom Land Oberösterreich und von der Stadt Linz freundlich unterstützt wurden. Zu den kulturellen Höhepunkten zählten wohl die Spezialführung durch das erst vor etwas mehr als einem Jahr eröffnete Museum „Lentos“ und die Besichtigung des „Ars Electronica Centers“ am anderen Ufer der Donau, aber auch der Besuch der mittlerweile weltberühmten „Klangwolke“ am Ufer der Donau. ■



Linz ist eine Reise wert – hier ein Blick von der Stadt auf den Pöstlingberg

i Auslandsösterreicher-Weltbund
 Generalsekretariat
 Postgasse 6
 A-1010 Wien
 Telefon: ++43 / (0)1 / 533 52 86
 Telefax: ++43 / (0)1 / 533 52 24-9
 E-Mail: office.wien@weltbund.at
 E-Mail: rotweissrot@weltbund.at
<http://www.weltbund.at>

Positive Bilanz für »Seamania«

Erster Segeltörn für sehbehinderte und blinde Jugendliche war erfolgreich!

Die internationalen Erfahrungen, daß Segeln für sehbehinderte und blinde Menschen ein positives Erlebnis ist, kann nach Abschluß unseres ersten Törns von allen Jugendlichen bestätigt werden“, freut sich Roland Komuczky von der Sehbehinderten- und Blindenorganisation „Engel auf Pfoten“. Damit steht fest, daß dieses in Österreich einzigartige Projekt für sehbehinderte und blinde Menschen im nächsten Jahr weiter ausgebaut wird.

Besonderen Dank sagen die Initiatoren den Austrian Airlines und dem Österreichischen Segelverband, die dieses Projekt bereits heuer tatkräftigst unterstützt haben und auch bereits für nächstes Jahr ihre Hilfe zugesagt haben. Dank auch an das Österreichische Rote Kreuz, Uniqa, Wabosan und Funktaxi 31300.

„Am Projekt konnten Jugendliche aus der Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich sowie Wien kostenlos teilnehmen und selbst beweisen, was sehbehinderten und blinden Menschen alles möglich ist“, erzählt Obmann Roland Komuczky.

Selbst am Steuer der Segelyacht stehen, Spaß, Schwimmen, Landausflüge und nette Abende an Bord bestimmten die – leider viel zu schnell vergangene – Woche, die vor der kroatischen Adriaküste stattfand. Jedenfalls sind alle Jugendlichen zu echten Seebären geworden, die dieses Erlebnis und die damit verbundenen Erfahrungen nicht missen möchten.

Auch wenn der Sehsinn fehlt oder stark eingeschränkt ist, werden die anderen Fähigkeiten und Sinne umso stärker eingesetzt. So können blinde SeglerInnen die Windstärke und Windrichtung viel bewußter wahrnehmen und sich durch den Tastsinn an Bord orientieren.

„Es gab in jeder Marina, wo wir anlegten, von anderen SeglerInnen großes Lob und An-



Foto: Engel auf Pfoten

erkennung für Seamania“, so Obmann Komuczky. „Daher planen wir nächstes Jahr mit einer Flotte von fünf Yachten in See zu stechen. Neu ist, daß dann neben Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren auch sehbehinderte und blinde Erwachsene mit dabei sein sollen“. Die Erwachsenen können gegen einen Unkostenbeitrag (Selbstkostenpreis) teilnehmen. Einzige Voraussetzung für die Teilnahme: ausgezeichnete Schwimmkenntnisse. Gesucht werden SkipperInnen und Co-SkipperInnen mit ÖSV-B-Schein sowie BetreuerInnen, die ehrenamtlich dabei sein möchten. ■

<http://www.engelaufpfoten.at>

Karl I. seliggesprochen

Johannes Paul II. würdigte Karl I. von Österreich als „Freund des Friedens“. In seiner Predigt bei der Seligsprechungsfeier am Sonntag, den 3. Oktober, am Petersplatz in Rom betonte er, der „Staatsmann und Christ



Erzherzog Karl, als Student in Prag, 1907
Foto: Carl Pietzner

Karl aus dem Hause Österreich“ habe sich der täglichen Herausforderung gestellt, „in allem Gottes Willen zu suchen, zu erkennen und danach zu handeln“.

Rund 15.000 Pilger versammelten sich bei strahlendem Wetter zur Seligsprechungsfeier auf dem Petersplatz, der Großteil von ihnen kam aus Deutschland und Österreich. Der Papst las die ersten Sätze seiner Predigt selbst, dann trugen sie seine Mitarbeiter vor.

In den Augen Karls sei der Krieg etwas „Entsetzliches“ gewesen, unterstrich der Papst. „Mitten in den Stürmen des Ersten Weltkriegs an die Regierung gelangt, versuchte er die Regierungsinitiative meines Vorgängers Benedikt XV. aufzugreifen.“ Kaiser Karl habe von Anfang an versucht, sein Amt als „heiligen Dienst an seinen Völkern“ zu sehen.

„Sein ernstes Bestreben war es, der Berufung des Christen zur Heiligkeit auch in seinem politischen Handeln zu folgen.“ Wichtig sei ihm der „Gedanke der sozialen Liebe“ gewesen. „Sei er uns allen ein Vorbild, besonders denen, die heute in Europa politische Verantwortung tragen“, wünsche Johannes Paul II.

Neben Karl von Österreich (1887-1922) wurde der französische Ordensgründer Pierre Vigne (1670-1740) selig gesprochen, außerdem der französische Trappistenpater Joseph-Marie Cassant (1878-1903), die deutsche Mystikerin Anna Katharina Emmerick (1774-1824) und die italienische Missionarin Maria Ludovica de Angelis (1880-1962). ■

<http://www.kath.net>

Erinnerungen an den »König der Herzen«

Im Gedenken an Kardinal Franz König hat die Öffentlichkeitsarbeit der Erzdiözese Wien unter dem Titel „Vorbild und Brückenbauer“ eine Broschüre mit Zitaten aus Kondolenzschreiben zum Tod des am 13. März verstorbenen Alterzbischofs herausgebracht. Kardinal Christoph Schönborn schreibt im Vorwort: „In Kardinal Königs Sinn ist es sicher, wenn dieses Büchlein nicht nur als Erinnerung an seinen Tod und die darauf folgende Trauerzeit verstanden wird, sondern als Ansporn, an der Fortsetzung seines großartigen Lebenswerks mitzuarbeiten“.

Die Auswahl sollte, so Kardinal Schönborn, „ehrlich und repräsentativ“ sein. Darum enthalte sie auch Texte, in denen sich Wertschätzung für Kardinal König mit Kritik an der Kirche mischt. Besonders angespro-

chen habe ihn das Wort eines Schreibers: „Sucht mich nicht bei den Toten“. Viele Menschen seien davon überzeugt, daß „Franz König in die Herrlichkeit Gottes eingegangen und dort als höchst lebendiger Fürsprecher für uns am Werk ist“.

Das Büchlein ist im Behelfsdienst der Erzdiözese Wien (A-1010 Wien, Stephansplatz 6/2/3, Tel. ++43 / (0)1 / 515 52/33 83, E-Mail: behelfsdienst@edw.or.at) und in der Öffentlichkeitsarbeit der Erzdiözese Wien (A-1010 Wien, Wollzeile 2, Tel. ++43 / (0)1 / 515 52/35 91, E-Mail: oeff.arbeit@edw.or.at) zum Druckkostenbeitrag von 5 Euro erhältlich. Der Reinerlös geht an das „Kardinal-König-Spendenkonto“, mit dem die Hospiz-Bewegung und der Stephansdom unterstützt werden. <http://www.stephanscom.at>

Sturm: Historische Verletzungen überwinden

Für den evangelisch-lutherischen Bischof Herwig Sturm liegt die Hauptaufgabe der Kirchen im neuen Europa in der „Heilung der Geschichte“. Es gelte, historische Verletzungen zu überwinden und zur Versöhnung der Völker beizutragen. Das erklärte der Bischof bei einem internationalen Symposium zur Rolle der Kirchen in Europa, das vom 22. bis 24. September in Wien und Preßburg stattfand. Im Auftrag zur Versöhnung liege eine große Aufgabe für die Kirchen und jeden einzelnen Christen, so der Bischof, der zugleich betonte, daß diese Aufgabe nur gemeinsam von allen Konfessionen gelöst werden könne.

Als zweite große Herausforderung für die Kirchen in Europa nannte Sturm die soziale Verantwortung. Jede Generation müsse diese Verantwortung mit jeweils aktuellen Schwerpunkten neu lernen. Dabei müßten sich die Kirchen in besonderer Weise einbringen. Als einen derzeit aktuellen Brennpunkt sieht der Bischof die Asylproblematik.

Zukunft hängt von Grundhaltung der Bürger ab

Die unverzichtbare Mitverantwortung der christlichen Kirchen für das neue Europa hat der Wiener römisch-katholische Weihbischof Helmut Krätzl unterstrichen. Die Zukunft Europas hänge wesentlich von der Grundhaltung und den Werten seiner Bürger ab. Hier seien die Kirchen gefordert, da sie die einzige gesellschaftliche Kraft darstellen, die eine Wertediskussion in Gang setzen könne. Konkret habe die Kirche etwa jene Themen und Werte einzubringen, die in der christlichen Soziallehre eine zentrale Rolle spielen: Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität.

Keine Angst vor Kirche

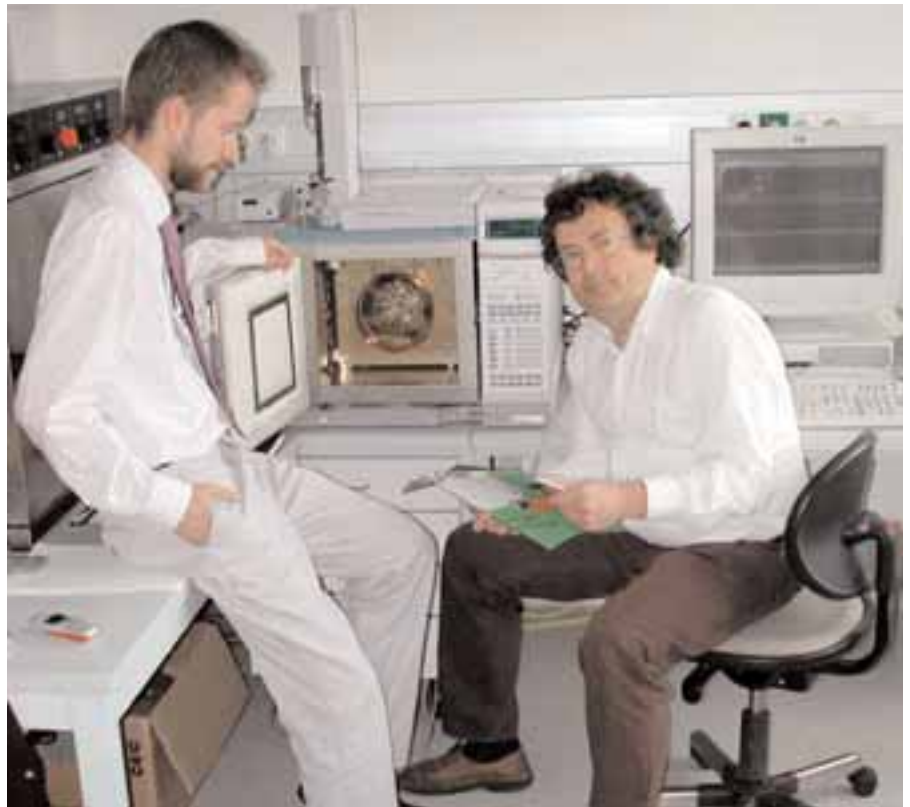
Die Angst vieler Europäer vor einem zu großen Einfluß der Kirchen auf Politik und Gesellschaft wies der Industrielle und ehemalige VP-Parteiohmann Josef Taus als unbegründet und unberechtigt zurück. Zugleich plädierte er dafür, daß sich die Kirchen und die Christen verstärkt in die demokratischen Diskussionsprozesse einbringen sollten. Etwa im Sinne eines gut funktionierenden Sozialsystems und der Beibehaltung der sozialen Marktwirtschaft. Er sehe nicht ein, warum man von diesem bislang so bewährten System nun abweichen sollte. ■

Einmal tief ausatmen

Untersuchung der Atemluft soll Krankheiten aufdecken – Atemtests könnten bald alltäglich werden, wenn es nach dem Willen einiger Wissenschaftler geht.

Brustkrebs, Angina pectoris, Organabstoßung, Lungentumore oder Schlafstörungen sollen in Zukunft durch die Analyse der Atemluft von Patienten erkannt werden. Experten aus der ganzen Welt trafen sich von 23. bis 26. September an der Fachhochschule in Dornbirn (Vorarlberg), um die aktuelle Entwicklung der Atemgasanalyse zu diskutieren. Schon seit Hippokrates achten Mediziner auf den Atem ihrer Patienten, gelten unangenehme Gerüche doch als Indikator für mögliche Erkrankungen. So deutet ein süßlich-fruchtiger Atem auf Diabetes hin, Ammoniak-ähnlicher Geruch verrät ein mögliches Nierenproblem und starker Zersetzungseruch kommt bei Lungenabszessen häufig vor. Doch kein Arzt käme auf den Gedanken, Krankheiten wie Krebs oder Schizophrenie anhand des Atems eines Patienten zu diagnostizieren. Mit modernster Technologie soll dies in Zukunft möglich werden. „Wir befinden uns mit dem Atemtest kurz vor dem Durchbruch, in Zukunft wird es für Ärzte ganz normal sein, den Patienten Atemproben abzunehmen“, erklärt der Amerikaner Prof. Michael Phillips, einer der Vorreiter der Atemforschung, der an der Tagung in Dornbirn teilnehmen wird, die von Prof. Anton Amann von der Medizinischen Universität Innsbruck organisiert wird.

Anfang der 70er-Jahre hatte der Nobelpreisträger Linus Pauling erstmals den menschlichen Atem chemisch untersucht und festgestellt, daß die menschliche Ausatemluft aus über 200 verschiedenen gasförmigen Substanzen besteht. Für die Analyse dieser Stoffe sammelt Prof. Phillips flüchtige organische Verbindungen durch Bindung an Aktivkohle. Mit Hilfe eines thermischen Desorbers werden sie wieder von der Aktivkohle getrennt und gaschromatographisch untersucht. Dabei lassen sich Muster von kettenförmigen Kohlenstoffatomen – so genannten verzweigten Alkanen – erkennen, die Auskunft über die Stoffwechselaktivität im Menschen geben. Durch den Vergleich dieser Muster können die Wissenschaftler Aussagen über mögliche Veränderungen im Körper machen. Das Alkan-Muster verändert sich mit zunehmendem Alter, aber vor



Prof. Anton Amann (re.) und seine Mitarbeiter arbeiten an der Realisierung der Atemgasanalyse in der klinischen Praxis.

Foto: Medizinische Universität Innsbruck

allem auch, wenn der Organismus unter Streß steht, wie dies bei Erkrankungen der Fall ist. Je nach betroffenem Organ entsteht so eine Art gasförmiger Fingerabdruck, der dem Arzt als Indikator dienen kann.

Neben verzweigten Alkanen werden auch die Konzentrationen anderer Stoffe untersucht, beispielsweise Stickoxid, Kohlenmonoxid, Aceton, Isopren oder Heptanon. Die Rolle von erhöhten Heptanon-Konzentrationen bei Patienten mit Propionacidämie, einer erblichen Stoffwechselerkrankung, ist in Innsbruck durch Dr. Sabine Scholl-Bürgi und Prof. Daniela Skladal von der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde in Zusammenarbeit mit Prof. Anton Amann untersucht worden. Neben der Gaschromatographie werden zunehmend neue massenspektrometrische Methoden mit „sanfter“ Ionisation benützt, um Gasproben rasch zu analysieren. So sind in den letzten 15 Jahren Massenspektrometer unterschiedlicher Bauart entwickelt worden, die online-Analysen

von Atemgasproben erlauben. Dies bedeutet, dass nicht nur einzelne Atemgasproben von Patienten oder Probanden untersucht werden, sondern bei laufender Probenentnahme Veränderungen im gasförmigen Fingerabdruck beobachtet und analysiert werden können. So wurden etwa in den USA im Rahmen einer Studie 48 von 51 Brustkrebspatientinnen richtig erkannt. Das entspricht etwa der Zuverlässigkeit der Mammographie. Auch bei Lungenkrebspatienten erreichte die Verlässlichkeit einen Wert von 85 Prozent. Damit könnte der Atemtest bald zu einer Alternative zu den herkömmlichen Methoden werden. Wo bisher eine Gewebeentnahme notwendig war, könnte die Untersuchung dann völlig risikolos über die Atemluft erfolgen. Freilich sind die Kosten für eine solche Analyse derzeit noch sehr hoch. Auch muß die diagnostische Zuverlässigkeit noch ausführlich überprüft werden, bevor Patienten vom Arzt aufgefordert werden: „Einmal tief ausatmen, bitte!“ ■

Einfache Blutreinigung

Beim 31. Kongreß der European Society for Artificial Organs (ESAO) vom 8. bis 11. September 2004 in Warschau/Polen stellt Prof. Doz. Dr. Dieter Falkenhagen einen an der Donau-Universität Krems entwickelten Zitrat-Kalzium-Monitor vor.

Beim 31. Kongress der European Society for Artificial Organs (ESAO) vom 8. bis 11. September 2004 in Warschau/Polen stellt der Leiter der Abteilung für Umwelt- und Medizinische Wissenschaften an der Donau-Universität Krems und frühere Präsident der ESAO, Prof. Doz. Dr. Dieter Falkenhagen, einen an der Donau-Universität Krems entwickelten Zitrat-Kalzium-Monitor vor. Dieser wird zur Blutgerinnungshemmung (Antikoagulation) bei Blutreinigungsverfahren und Leberunterstützungssystemen eingesetzt. Gegenüber der herkömmlichen Antikoagulation mit Heparin bietet die Methode wesentliche Vorteile.

Weltweit leiden rund eine Million Patienten an chronischem Nierenversagen und müssen sich dreimal in der Woche einer Haemodialysebehandlung unterziehen. Sie benötigen eine einfache und sichere Methode der Blutgerinnungshemmung. In einem Forschungsprojekt an der Donau-Universität Krems wurde ein Zitrat-Kalzium-Antikoagulationssystem entwickelt, das diese Kriterien erfüllt.

Durch die Infusion von Zitrat auf der arteriellen Seite des extrakorporalen Blut-



Prof. Doz. Dr. Dieter Falkenhagen

Foto: idw

kreislaufs wird das an der Blutgerinnung beteiligte Kalzium gebunden, die Gerinnung wird auf diese Art verhindert. Danach wird

auf der venösen Seite wieder Kalzium zugeführt. Die Antikoagulation bleibt dadurch auf den Kreislauf außerhalb des Körpers beschränkt – im Patienten selbst wird die Gerinnungsfähigkeit des Blutes nicht beeinträchtigt. Mittels Software-Algorithmus wird der Kalziumspiegel des Patienten kontinuierlich geregelt, die Zitrat- und Kalziuminfusionsraten werden ständig angepaßt.

Gegenüber der herkömmlichen Methode, die Heparin zur Hemmung der Blutgerinnung verwendet, bietet die Zitrat-Kalzium-Antikoagulation wesentliche Vorteile. So kann Heparin, das nicht von allen Patienten vertragen wird, zu Veränderungen des Blutbilds führen. Darüber hinaus sorgt Heparin für eine Verschlechterung der Gerinnungsfähigkeit des Blutes auch innerhalb des Patienten, was vor allem bei Patienten mit Leberschäden kritisch sein kann. Bei der Zitrat-Kalzium-Methode treten diese Probleme nicht auf.

An der 1. Universitätsklinik für Innere Medizin in Pilsen/Tschechien ist der Zitrat-Kalzium-Monitor der Donau-Universität Krems bereits erfolgreich im Einsatz. ■

<http://www.donau-uni.ac.at/umwelt>

HTL-Absolventen gewannen Europa-Wissenschaftspreis

Drei junge Forscher aus Niederösterreich, Absolventen der HTBLuVA Mödling und derzeit Präsenzdienler des österreichischen Bundesheeres, gewannen den europäischen Wettbewerb für junge Wissenschaftler in Dublin. Ihr Siegerprojekt entstand in Zusammenarbeit mit der Firma AKG Austria.

Für Martin Knöbel (20) aus Neunkirchen, Florian Grössbacher (19) aus Baden bei Wien und für Gerhard Schöny (19) aus Breitenfurt ging ein Traum in Erfüllung. Sie ergatterten den 1. Preis beim 16. europäischen Wettbewerb für junge Wissenschaftler in Dublin. Nach fünf langen Tagen, an denen sie der hochkarätigen Jury ihr Produkt erklärt und der interessierten Öffentlichkeit präsentiert hatten, wurden sie mit 5.000 Euro und viel Applaus belohnt.

Die preisgekrönte automatische Stimmvorrichtung, die das komplizierte händische Stimmen von Mikrofon-Großmembranen obsolet macht, entwickelten die damaligen Schüler mit Unterstützung der Firma AKG, einem der weltweit führenden Hersteller elektroakustischer Produkte. Der Gesamtaufwand zur Umsetzung des Projekts beläuft sich auf etwa 2000 Stunden, die zusätzlich zum Regelunterricht, vor allem in den Ferien und an Wochenenden erbracht wurden, in Kosten ausgedrückt auf ca. 2000 Euro (nicht gerechnet die in Anspruch genommenen Maschinenzeiten).

„Motivation war vor allem der Teamgeist und das Ziel, das uns eigentlich keiner zugehört hat. Deshalb sind wir besonders stolz“, sagt Gerhard Schöny. Und für Martin Knöbel ging „ein Traum in Erfüllung“. Obwohl

die drei jungen Niederösterreicher bereits den nationalen Schülerwettbewerb Jugend Innovativ gewonnen hatten, der junge österreichische Wissenschaftler in den Kategorien Business, Science, Engineering und Design fördert, zeigten sie sich doch vom Sieg in Irland überrascht.

Weniger erstaunt hingegen ist die beim Austria Wirtschaftsservice (aws) für „Jugend Innovativ“ zuständige Referentin Jana Zach. Für sie ist das Resultat die Konsequenz einer professionellen Zusammenarbeit zwischen Österreichs größtem Schülerwettbewerb und der Wirtschaft. „Es zeigt, daß unsere Schüler in der internationalen Liga mitspielen können“, so Zach.

Ab November startet Jugend Innovativ wieder: Der 17. Wettbewerb auf europäischer Ebene findet 2005 in Moskau statt. ■

Birgit Sarata erhielt Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien

Birgit Sarata, Operettensängerin, erhielt gestern, Montag, im Wiener Rathaus das "Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien". "Birgit Sarata hat die Operette in die Welt hinausgetragen", so Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, der in seinen einleitenden Worten auf die beeindruckende Karriere der Operettendiva verwies. Birgit



Überreichung des Goldenen Verdienstzeichens des Landes Wien an Birgit Sarata durch StR. Dr. Andreas Mailath-Pokorny

Foto: media wien

Sarata bedankte sich für die Auszeichnung mit Melodien aus der Fledermaus, die Gäste, zahlreiche Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft und Politik, darunter Vizebgm. Grete Laska, Prof. Harry Kopietz, Waltraud Haas, Prof. Franz Antel, Dieter Chmela und

Gery Keszler, bedankten sich mit standing ovations.

Birgit Sarata wurde in Wien geboren. Sie studierte Klavier und Gesang am Konservatorium der Stadt Wien. Mit 18 Jahren wurde sie in Salzburg als erste Sängerin in Oper und Operette engagiert. Gleichzeitig hatte sie Gastverträge in Linz, den Brengener Festspielen und auch in Deutschland, sowie Angebote als freie Sängerin in Köln, Düsseldorf, Zürich. 1977 holte sie Marcel Prawy für die „Robert Stolz“-Serie am Grazer Opernhaus nach Österreich zurück. Darauf erfolgte ein 4-Jahres-Vertrag am Grazer Opernhaus und ein mehrjähriger Vertrag an der Wiener Volksoper. Weitere Stationen ihrer Karriere: 30 Premieren an der Königlichen Oper in Belgien sowie über 200 Orchesterkonzerte in den USA, große Konzerttournée in Japan, Südamerika und Kanada. Seit 1988 gibt sie „Wiener Abende“ auf Luxus Schiffen. Seit 2002 gestaltet sie das Programm für Groß-Events, darunter für den Rathausplatz zu Silvester, für die Messe „Jeder für Jeden“ und den „Seniorentag“. Birgit Sarata erhielt u. a. 1996 das Ehrenkreuz für Kunst und Wissenschaft der Republik. ■

<http://www.wien.gv.at>

Max Hollein kuratiert Österreich-Beitrag der Biennale Venedig 2005

Max Hollein ist ein erfahrener Ausstellungsmacher und höchst erfolgreicher Direktor der Schirn Kunsthalle Frankfurt. Er hat schon frühzeitig internationale Erfahrungen gesammelt, seine Lehrjahre im Guggenheim Museum in New York wußte er in eine beachtliche Karriere umzusetzen“, so Kunststaatssekretär Franz Morak.

„Max Hollein ist nicht nur ein ausgezeichnete Kenner der österreichischen Kunstszene. Seine Wahl bedeutet auch einen Generationenwechsel, einen jüngeren und

anderen Blick. Er ist Zeitzeuge der Außenwelt der Innenwelt“, so Morak weiter. Hollein habe die letzten Jahre bewiesen, „daß er sehr pointierte Positionen präsentiert. Damit hat er die Schirn in Frankfurt international herausragend positioniert“. Darüber hinaus habe Max Hollein bereits als Kommissär des Amerikanischen Pavillons bei der 7. Architekturbiennale in Venedig im Jahr 2000 „gezeigt, daß er unkonventionelle und zukunftsweisende Standpunkte vertritt“, so der Staatssekretär abschließend. ■

Kaffee-»Oscar« geht an Tiroler Süßwaren-Künstler

Was für die Stars der Filmwelt der Oscar ist, das ist in der Welt der gemütlichen niveauvollen Cafés die „Goldene Kaffeebohne“. Bereits zum sechsten Mal wurde heuer nach einem mehrmonatigen Testverfahren für jedes österreichische Bundesland



Meisterkonditor Friedrich Hacker (l.) freut sich gemeinsam mit Gattin Helga und Juniorchef Reinhard über die »Goldene Kaffeebohne«

Foto: pro.media

die „Cafe-Konditorei des Jahres“ eruiert und mit der hoch begehrten Auszeichnung bedacht. „Die ‚Goldene Kaffeebohne‘ ist der höchste kulinarische Award für besondere Kaffeequalität und die Vielfalt seiner Zubereitungsvarianten, sowie für Kuchen, Torten und Mehlspeisen. Das ist ein großes Kompliment als bester Betrieb Tirols auf die Bühne gerufen zu werden“, freut sich Juniorchef Reinhard Hacker über die Ehrung. Die Auswahl der neun Bundesländersieger erfolgte dabei durch unabhängige Gault-Millaut-Tester, die heimische Kaffee-Konditoreien über viele Monate anonym auf Vielfalt und Qualität der süßen „Verlockungen“ prüften. Mit hausgemachten Grand Cru-Schokoladen und eigener Pralinenerzeugung untermauerte Hacker seine fachliche Kompetenz und seinen über die Grenzen des Landes reichenden ausgezeichneten Ruf. ■

<http://www.rattenberg.at/cafehacker>

Elfriede Jelinek erhält Nobelpreis

Wie am 7. Oktober bekannt wurde, erhält die österreichische Autorin Elfriede Jelinek den Literatur-Nobelpreis 2004. Mehr darüber im nächsten „Österreich Journal“.

Klassizismus und Biedermeier

Anlässlich der Eröffnung des „Liechtenstein Museum“ bilden Klassizismus und Biedermeier im ehemaligen Damenappartement den thematischen Schwerpunkt. Zu sehen sind die Glanzstücke der umfangreichen Gemäldesammlung, die zuletzt durch mehrere Gemälde von Ferdinand Georg Waldmüller (u. a. das Porträt des zweijährigen Kaisers Franz Joseph) sowie Friedrich von Amerlings Gemälde *In Träumen versunken* (um 1835) und durch ein großformatiges Gemälde des Hauptmeisters der italienischen Malerei der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Francesco Hayez' *Il Consiglio alla Vendetta* (1851), ergänzt werden konnten. Die zwei ebenfalls vor kurzem erworbenen Porzellan-Bildplatten von Nigg und eine erlesene Auswahl der umfangreichen Sammlung von Wiener klassizistischem Porzellan (erworben 2003 bzw. 2004) beleuchten einen weiteren faszinierenden Aspekt dieser Epoche. Der Bestand an Kunstwerken des Klassizismus ist ein Kernbestand der Fürstlichen Sammlungen, der Zeugnis von der Bedeutung der Fürstenfamilie und ihrem Engagement für Kunst und Architektur in dieser Epoche ablegt. Mit der Leihgabe der Sitzfigur der Leopoldine Esterházy von Antonio Canova aus den Fürstlich Esterházy'schen Sammlungen in Eisenstadt, die das Zentrum im zweiten Galerisaal einnimmt, soll auf die engen verwandtschaft-



Rudolf von Alt (1812–1905): *Ansicht von Neapel*; Aquarell auf Papier

Höhe: 30 cm, Breite: 41 cm sign. unten Mitte: R. Alt Foto: Liechtensteinmuseum Wien

lichen Verbindungen zu dieser wichtigen österreichisch-ungarischen Adelsfamilie hingewiesen werden.

Antikenrezeption

Die Rückbesinnung auf den Formenkanon der Antike mit seinen ausgewogenen Propor-

tionen und dem leicht idealisierenden Figurenideal war immer wieder Ausgangspunkt für neue künstlerische Entwicklungen. In Rom waren die ersten Ausgrabungen der antiken Stadt im 16. Jahrhundert ein unglaublicher Impuls für das künstlerische Leben.

Klassizismus

Fürst Johann I. schätzte und unterstützte Beethoven und war ein engagierter Förderer der zeitgenössischen Kunst. Er erwarb auch Fügers *Prometheus* für die Fürstlichen Sammlungen. Mitglieder der Familie Liechtenstein ließen sich von Angelika Kauffmann und von der berühmten französischen Porträtistin Elisabeth Vigée-Lebrun porträtieren. Skulpturen von Antonio Canova und Johann Martin Fischer runden das künstlerische Bild der Epoche ab.

Biedermeier

Die reiche Sammlung an Malerei und Grafik des Biedermeier umfasst Porträts von Adel und Bürgertum ebenso wie Genre- und Landschaftsmalerei. Ferdinand Georg Waldmüller und Friedrich von Amerling sind durch zahlreiche Porträts vertreten. ■

<http://www.liechtensteinmuseum.at>



Giovanni Paolo Pannini (1691–1765); *Capriccio mit den bedeutendsten Baudenkmalern und Skulpturen des antiken Roms*, 1735; Öl auf Leinwand, Höhe: 126 cm, Breite: 180 cm

Foto: Liechtensteinmuseum Wien

26. Internationale PuppenTHEATERtage Mistelbach

Kiemen, Schnabel, Schnauze - tierisches Puppentheater

Es ist faszinierend, wenn sich eigentlich lebloses Material, in diesem Fall, zu einer Figur gestaltet. Wenn es dann auch noch Tiere sind, die auf einmal wahrhaft sprechen und bewußt handeln können, ja eine Hauptrolle übernehmen, dann ist das Staunen erst recht groß! Genau das möchten Puppenspieler erreichen und deshalb widmen sie sich auch immer wieder tierischen Ideen und Vorlagen.

Das Festivalprogramm stellt heuer erstmals derartige Stoffe sehr kompensiert vor. Dabei behält es die bekannte Dreiteilung bei: Veranstaltungen für Kindergarten und Schulen, für Familien und für Erwachsene. Genau so werden die künstlerischen Handschriften durch Vielfalt geprägt. Das Handpuppen- und Marionettentheater, das Schattenspiel, aber auch die offene Spielweise von Schau-



»Der Freischütz«, Papiertheater Invisius aus Deutschland



»Goldener Regen«, Cartouche, Niederlande

Alle Fotos: Puppentheaterstage 2004

spieler und Figuren, sowie das Experiment kommen zu ihrem Recht.

Es gastieren mehr als 35 Bühnen aus 15 Ländern in Mistelbach. Zu ihnen gehören solche international geschätzten Theater wie das Staatliche Puppen-, Pantomimen- und Schwarzes Theater Bratislava, das „le théâtre du petit miroir“ aus Frankreich, „Micropodium“ aus Ungarn und das „Lempen Theatre“ aus England.

Es fällt schwer, aus diesem „tierischen Spielplan“ etwas hervorzuheben. Die Jüngsten werden heuer viel Spaß im Kasperltheater haben, denn mehr als sonst treibt 2004 Kasperl seine Lazzi in der Festival-Arena. Er wird sich zum Beispiel im Zoo vergnügen („Puppen-Doctors Puppen-Käst“), er wird mit einem Krokodil ringen („Bavastel“) und sich um den Hund Rinaldo sorgen („Spillmanns Kiepen-Kasper“). Der Rattenfänger von Hameln wird sich bitter rächen

für den Undank der Hamelner Bürger; jedenfalls hat dies der englische Puppenspieler Melvyn Rawlison versprochen. Er ist übrigens nicht der einzige bei dem Ratten oder Mäuse über die Bühne laufen. Das große Ensemble-Theater aus Bratislava läßt den Mausekönig aus E.T.A Hoffmann's Erzählung in einer atemberaubenden, die große Bühne füllenden Abendvorstellung aus Gesang, Schauspiel, Ballett, Maskentheater und natürlich Marionettentheater entstehen.

Diese Vorstellung war der absolute Höhepunkt des Puppentheaterfestivals in Subotiza 2004 und „Der Nußknacker“ könnte auch das Erlebnis für die Mistelbacher und ihre Gäste werden. Im „Zirkus Gockelini“ der „fundus – MARIONETTEN - Dresden“ gibt es gleich mehrere Mäuse-Dressuren zu sehen und Frau von Rätin, vom letzten Festival noch bekannt, gastiert mit dem Chanson-Abend „Rattenscharf“ im Spätprogramm!

Kultur

Für alle jene, die weder Ratten noch Mäuse mögen, auch nicht auf der Theaterbühne, sollen andere Spezies als Hauptdarsteller empfohlen werden. Das ist zum Beispiel ein Bär, der ausgerechnet in einer Wetterstation Kanadas seinen Winterschlaf halten will ... („Ein Bär aus heiterem Himmel“, LAKU PAKA, D), zwei kleine Kaninchengeschwister müssen sich aneinander gewöhnen („Kleine Schwester Kaninchen“, TANDERA, D), ein Kater verliebt sich in eine Schwalbe („Der gestreifte Kater und die Schwalbe Sina“, Karla Wintermann, D), fast die ganze afrikanische Tierwelt bringt das Puppentheater aus Brest auf die Bühne („Die Überraschung“, Patrick, eine streunende Bulldogge sucht in den südafrikanischen Wäldern ein neues zu Hause („Verloren im Busch“, Tekweni Puppets), aus den russischen Märchen entsteigen ein Zauberfisch („Jemelja und der Zauberfisch, Tatjana Khodorenko) und ein Zauberpferd („Zauberpferdchen“, Theater „Hier und Dort“, Moskau). Die Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen.

Bleibt die Frage: Und wer vertritt Österreich bei diesem Festival? Das sind heuer gleich neun Bühnen: das Figurentheater Gerti Tröbinger, die Puppenbühne Zappelfetzn, Bavastel, Melusine, Trittbrettl, Teatro Piccolo, Dachtheater Wien, Ultima Ratio und natürlich die BAKIP Mistelbach.

Neu bei diesem Festivaljahrgang wird sein, daß sich zum Nationalfeiertag der Stadtsaal in eine „Kasperliade“ verwandelt, das heißt bei einem Eintritt kann man von 10.00 bis 17.00 Uhr von Kurzvorstellung zu Kurzvorstellung wandeln, musikalisches Puppentheater genießen, Figuren basteln, sich mit einem Clown amüsieren oder akrobatische Kunststücke probieren. Am Festivalwochenende 30./31.10. wird es etwas ruhiger im Stadtsaal-Foyer sein. Dafür laden die Veranstalter zwischen den Vorstellungen insbesondere in die Sonderausstellungen vom Casper- und Kunstfiguren Theater LARIFARI (Frieder Simon) und vom Intendanten Dr. Olaf Bernstengel ein. Beide Künstler werden an diesen Tagen in „ihren“ Räumen zu ihren Handpuppen bzw. Marionetten greifen.

Nicht zu vergessen: Natürlich ist dem Künstler des Plakates, Prof. Ernst Fuchs, ebenfalls eine Ausstellung gewidmet. Sie zeigt Ölbilder der jüngsten Zeit im Atelierbau des Barock-Schlössls.

Wer das Programm in den Händen hält, wird sicherlich für sich das eine oder andere Schmankerl noch am Rande entdecken. Vielleicht ist's Webers „Freischütz“ im Puppentheater oder „Con Anima“, András Lénárts



»Die Liebesgeschichte vom gestreiften Kater und der Schwalbe Sina«, Puppentheater Karla Wintermann, Deutschland



»Melodien mit Marionetten«, Fantasietheater und Dornerei-Theater, Deutschland

weltberühmtes kleines, leises Spiel mit winzigen Papiermarionetten ...

Kurz: Kommen – Sehen – Staunen! Auch für den 27. Jahrgang des Mistelbacher Festivals soll dieser alte Komödiantenruf gelten.

Weitere Informationen, Programmhefte und Kartenreservierungen:

**i Kulturamt der
Stadtgemeinde Mistelbach**
Hauptplatz 6
A-2130 Mistelbach,
Telefon: ++43 / (0)2572 / 2515-269.
E-Mail:
puppentheater@mistelbach.at
<http://www.mistelbach.at>

Schräglage

Das Technische Museum Wien zeigt die Geschichte der Motorräder von 1945 bis 2005 – zu besichtigen von 17. November 2004 bis 3. April 2005

Was fasziniert am Motorrad? Warum setzen sich Menschen Wind, Wetter und nicht unerheblichen Gefahren für Leib und Leben aus, anstatt auf vier oder mehr Rädern – sicher behütet und gut beheizt – an ihr Ziel zu kommen? Ist es die Geschwindigkeit, der Wind, das nasse Laub, die Kurve, der Weg, das Ziel, das Schrauben, die ölverschmierten Finger, Marken, Typen und technische Feinheiten – die Schräglage? Welche Motive gibt es für das Motorradfahren?

Die Ausstellung Schräglage erzählt die Geschichte des Motorrades im „Alltag“ – von seiner Rolle als billigem Transportmittel der Nachkriegszeit bis zum mehr oder weniger luxuriösen Gerät um eben diesem „Alltag“ auf zwei Rädern in die Freizeit und Freiheit davonzufahren.

Die technische Entwicklung des Motorrades sowie der Wandel seiner Bedeutung von 1945 bis in die Gegenwart wird in der Ausstellung dargestellt. Vom Transportmittel, das im Laufe der 50er Jahre vom Automobil aus dieser Funktion verdrängt wurde, über den Absturz der Motorradindustrie Europas in den 60er Jahren bis zum sich neu definierenden Stellenwert des Motorrades nach dem Einzug der japanischen Maschinen auf dem europäischen Markt. Doch nicht nur das Auto bedrängte die Motorräder Mitte der 60er Jahre, sondern auch eine neue Mode, die aus Italien kam: die Motorroller. Sie haben als Kultobjekt bis heute überlebt – fast unverändert in Form und Funktion.

Rennmotorräder und Motorradrennsport ziehen sich als roter Faden durch die Ausstellung, als Schauplatz für die spektakuläre Präsentation technischen Fortschritts im Motorradbau. Zu sehen sind markante Objekte und exemplarisch hervorgehobene Persönlichkeiten der österreichischen Rennsportgeschichte. Vom legendären „Weltmeister für 1000 Stunden“ Ruppert Hollaus über die Helden der Sandbahn wie Martin Schneeweiss oder Fritz Dirlt bis zu den todesmutigen Kämpfern und ihren High-Tech-Geräten auf Strecken wie Paris-Dakar.

Zur Motorradgeschichte der Nachkriegszeit gehören sowohl Motorrad-Mythen wie

Easy-Rider in den 60er-Jahren, rivalisierenden Gangs wie „Mods“ und „Rocker“ als auch die zivilisierten „Normalbürger“, die am

Personen ansprechen, die selbst (noch) nicht Motorrad fahren, aber an Motorrädern und deren technischer und historischer Entwick-



Fotos: Technisches Museum Wien

Wochenende die Freiheit auf zwei Rädern genießen.

Neben „bekennenden“ Motorrad-LiebhaberInnen will die Ausstellung vor allem auch

Personen ansprechen, die selbst (noch) nicht Motorrad fahren, aber an Motorrädern und deren technischer und historischer Entwick-

lung interessiert sind. Sie will Spaß machen. Wie das Motorradfahren. ■

Technisches Museum Wien

<http://www.technischesmuseum.at/>

Bücher

Brigitte Neumeister Der Feueropal

Wir, die wir während der Kriegs- oder Nachkriegsjahre des Zweiten Weltkrieges geboren sind, versuchen immer wieder zu erfüllen, in welche Zeit unsere Großeltern, Eltern hineingeboren waren. Bücher über Schicksale und Erlebnisse, die Autoren selbst nur marginal und als Kind erfahren haben oder durch Erzählungen vermittelt bekamen, Schwarz-Weiß-Darstellungen, von den Guten und Bösen also, gibt es viele. Sehr selten liest man jedoch über Schicksale jener österreichischen Juden, die es schafften, nach dem Anschluß Österreichs bis zum Ende des Krieges zu überleben. Die Schauspielerin Brigitte Neumeister schafft es ohne geschmacklosen Pathos, ohne sentimentales Geschwülst, ohne heldenhaften Epos eine Geschichte zu erzählen, die uns eintauchen läßt in die Angst, Hoffnungslosigkeit, jeden Tag vor Augen, von der Gestapo abgeholt zu werden. Ist dem Leser anfangs die Familie noch fremd, passiert es, daß man von Tag zu Tag mit Rosa und Otto Herzfeld zusammenwächst. Was das Buch so auszeichnet, ist, daß der Alltag geschildert wird, der tägliche Überlebenskampf, der Verlust der engsten Verwandten und allen anderen, die tagtäglich abtransportiert werden. Es ist in diesem Buch nicht auszumachen was Roman, was Wirklichkeit ist.

Brigitte Neumeister: *Der Feueropal*; 368 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag; 23,60 Euro, / sFR 41,20; ISBN 3-90240-11-9



Josef Köber

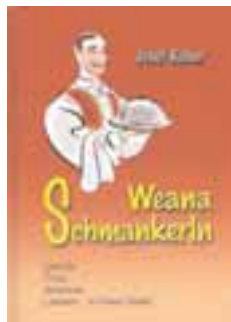
»Weana Schmankerln«

Am hinteren Buckdeckel vom „Weana Schmankerln“ von Josef Köber heißt es unter anderem: „Freunde des Wiener Dialekts werden an diesem Buch ihre Freude haben“. Das ist wohl sicher, aber ich meine, daß es um mehr geht.

Die Gedichte, die Prosa, die Aphorismen und Liedtexte von Josef Köber drücken etwas aus – was wir Lebensstil und Lebensphilosophie nennen möchten, was man nicht lernen, sich nicht aneignen, sondern nur (er)leben kann; damit aufwachsen in Wien, sozusagen mit der Muttermilch intus bekommt. Vielleicht bereits etwas vom Heurigenwein gesäuert. Hier kann der Leser fühlen, lachen und weinen, wie der waschechte Wiener fühlt, lacht und weint. Er versteht dann, wie es ist, wenn man nachts vom Heurigen kommend, ausgerechnet der „Hausbesorgerin Reserl Weinlich“ in die Hände zu fallen: „Wer hat aufmacht in da Nacht, muaß mi a Rauschkind nenna? Söbstverständlich de Frau Weinlich.“

Es ist kein Buch, das nach dem Lesen auf Dauer weggelegt wird, nein, es ist ein Buch, das immer wieder zur Hand genommen werden möchte. Das Buch mit berauscht die Wiener Seele – und das sogar ohne Wein.

Josef Köber: *„Weana Schmankerln“*; 136 Seiten, Hardcover; Bestellungen an: Kronen Zeitung, Josef Köber, Muthg. 2, 1190 Wien oder an josef.koeber@kronenzeitung.at; 14 Euro / sFr 22 zzgl. Versand



Udo Jürgens / Michaela Moritz Der Mann mit dem Fagott

Nun hat der weltberühmte Musiker Udo Jürgens sich seinen lang gehegten Traum erfüllt: Als Autor eines raffiniert komponierten autobiografischen Romans erzählt er die wechselvolle Geschichte seiner kosmopolitischen Familie. Dabei spielen die Zeitumstände eine ebenso zentrale Rolle wie die Musik.

Und beides bestimmt bereits das Schicksal seines Großvaters, denn Heinrich Bockelmann hat sich zu entscheiden: Soll er in die USA auswandern oder nach Russland? Den Ausschlag gibt „Kalinka“, jenes alte russische Lied, das ein Fagottist im Jahre 1891 zufällig auf dem Bremer Weihnachtsmarkt erklingen läßt. Also geht er mit seiner Frau Anna, die ihm fünf Söhne schenkt, nach Russland ...

So ist Udo Jürgens und Michaela Moritz nicht nur die Schilderung einer spannenden Musikerkarriere und der Geschichte des Manns mit dem Fagott gelungen. Nein, ihr Roman ist zugleich eine aufregende Familiensaga, geschickt eingebettet in den historischen Kontext vom Ende des 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

Ein ungewöhnliches Buch, das nicht nur Millionen Fans des dem gebürtigen Österreichers Udo Jürgens, überzeugen wird!

Udo Jürgens/Michaela Moritz: *Der Mann mit dem Fagott Roman*; 704 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, Euro 24,90 [D], sFr 41,90, Euro 24,10 [A]; ISBN 3-8090-2482-1



Alfred Wolf

Wien Alsergrund

Auf 128 reich illustrierten Seiten führt Autor Alfred Wolf den Leser auf einen Streifzug durch die Geschichte des 9. Wiener Gemeindebezirkes. Der Autor hat aus seiner umfassenden privaten Fotosammlung 200 Fotografien ausgewählt und ein einmaliges Fotoalbum zusammengestellt. Die bisher meist unveröffentlichten Bilder zeigen neben dem Wandel des Stadtbildes das Alltagsleben, die Arbeitswelt und festliche Ereignisse in den verschiedenen Bezirktteilen des Alsergrundes zwischen 1840 und 1980. Der Bildband lädt ein zum Erinnern und Neu- und Wiederentdecken.

Im Jahre 1850 vereinte der Alsergrund sieben sehr unterschiedliche Vorstädte. Die großstädtisch geprägte Alservorstadt und die Rossau standen dem Michelbeuern-, dem Himmelpfort- und dem Thurygrund, Lichtenthal und dem Althangrund gegenüber. In sieben Kapiteln stellt der Autor die einzelnen Bezirksteile vor.

Die Bilder zeigen das Alltagsleben im Bezirk, die Arbeitswelt von Wäscherinnen, Standlerinnen oder Schmieden, das Leben in der Freizeit und in den Vereinen, sowie öffentliche und private Feste.

Die Fotografien sind einzigartige historische Dokumente, denn die Familienmitglieder des Autors wirkten über Generationen als fotografische Chronisten des Alsergrundes.

Alfred Wolf: *Wien – Alsergrund; Reihe Archivbilder*; 128 Seiten, 200 Bilder; Broschur, Preis: 18,38 Euro [A]; ISBN: 3-89702-644-9



Kommt's auf d' Schmelz

Am 22. September 2004 zog Hedy Slunecko-Kaderka's große Veranstaltung Wienerlied-Begeisterte ins Schutzhaus »Zukunft auf der Schmelz«



Wienerlied-Abend auf der Schmelz: Brigitte Brands, Gerhard Heger, Sabine Mach, Marika Sobotka, Wolfgang Kahler, »100er« Richard Pötttschacher, Walter Heider, Rita Krebs und »H.P.Ö.« Leopold Heider (v.l.n.r.) Alle Fotos: daswienerlied.at

Hedy Slunecko-Kaderka bereitet diese ihre Veranstaltungen mit ganzem Herzen und Fühlen vor, und hofft, wie sie bescheiden feststellt, „den Geschmack des Publikums zu treffen. Ich schaue, daß es ein abgerundetes, buntes Programm ist, daß jeder Gast etwas findet was ihm besonders gut gefällt und daß es, im Ganzen gesehen, fließend abläuft und die Wiener Seele widerspiegelt.“

„Kommt's auf d' Schmelz“ wird seit mittlerweile sechs Jahren und immer im September veranstaltet. Die Künstler, die Hedy Slunecko-Kaderka für Auftritte gewonnen hatte, waren wieder hervorragend und gaben ihr Bestes: sie freuen sich natürlich besonders über ein gutgelauntes Publikum, das mit ihnen mitgeht. Und das war auch diesmal wieder der Fall.

Der „König des Wienerliedes“, Walter Heider, stellte wie immer das viel zu früh verstorbene Multitalent Josef „Pepi“ Kaderka in den Vordergrund und sang auch einige



Richard Pötttschacher feiert im Dezember 2004 seinen 100. Geburtstag

dessen Lieder. Das Singen ist wirklich das Lebenselixier für Walter Heider, blüht er doch so richtig auf, läßt völlig vergessen, daß er über Monate hinweg wegen eines Rückenleidens nahezu bewegungsunfähig ans Bett gefesselt war. Dann steht er auf der Bühne, strahlt Kraft und Lebenslust aus – stehende Ovationen des Publikums bezeugten seine Beliebtheit und die Freude, daß er dann doch an der Veranstaltung teilnehmen konnte.

Marika Sobotka, ihr wurde übrigens erst vor kurzem der Berufstitel „Professor“ verliehen, war genauso liebenswert und genauso großartig wie immer und eroberte durch ihre aufgeschlossene Art die Herzen des Publikums.

Gerhard Heger, eine große Stimme, bringt dem Publikum immer die alten Wienerlieder nahe. Er war früher bei den „Drei Kolibris“, heute hört man ihn regelmäßig beim Cafe SchmidHansl mit Rudi Luksch und weiters ist er „die Stimme“ im „Trio

Musik

Sch(m)erzgrenze“, dem hervorragenden Musikkabarett, dem noch Rudi Koschelu und Otto Hablit angehören. Spitzenentertainer, die zusammen unschlagbar sind und bei der Vorjahresveranstaltung gemeinsam auftraten.

Sabine Mach ist eine ganz hervorragende Nachwuchskünstlerin, eine von Erich Zib empfohlene Entdeckung Hedy Slunecko-Kaderka's. Sie hatte ihr „Schmelz-Debüt“ und wurde vom Publikum mit tosendem Applaus „aufgenommen“. Sie reiste übrigens mit Marika Sobotka und ihrer „Entdeckerin“ zu der großen Fernsehaufzeichnung „Junger Wein und alte Lieder – 1300 Jahre Würzburg“ mit Gunther Emmerlich, an der auch die „k. & k.Regimentskapelle Nr.84“ unter der Leitung von Kapellmeister Walter Schwanzer teilnahm. Hedy Slunecko-Kaderka: „Es war ein einmaliges, wunderbares Erlebnis, das Wienerlied bei so einer großen Fernsehsendung zu vertreten und eine große Freude, daß wir dazu eingeladen waren.“ Doch kehren wir zurück auf die Schmelz.

Rita Krebs und Erika Kreiseder brachten dann ein wenig Operettenhauch in die Veranstaltung. Sie sind beide sehr beliebte Solosängerinnen und im Duett umso stärker.

Das besondere Original, „der lustige Herrmann“, ist bereits zu einer Kultfigur geworden. Der geborene Niederösterreicher ist bei jeder Veranstaltung ein gerne gesehener Künstler. Sein Wortschatz, sein Witz und sein Schmah sind scheinbar ebenso unbegrenzt, wie die Geschwindigkeit, in der er eine Pointe nach der anderen hervorzaubert. Er schafft es wahrscheinlich auch stundenlang, sein Publikum zu fesseln, das meist ganz erschöpft vor lauter Lachen dankbar ist für eine Pause.

Mit dabei war Wolfgang Kahler, der aus Liebe zum Wienerlied singt. Er hat meist eine Woche nach dieser Veranstaltung auf der Schmelz seinen eigenen Wienerlied-Abend, den er hauptsächlich selbst bestreitet und zwischendurch auch immer wieder lustige Einlagen auf Lager hat.

Brigitte Brands, eine liebenswerte „Nachwuchskünstlerin“, ist eine Natursängerin, deren größter Wunsch es war, einmal bei einer Veranstaltung mitzumachen. Sie hat bei Helmut Schmitzberger im Tivoli im Böhmisches Prater geübt und sich vorbereitet. Der Applaus des Publikums hat ihre Mühe gekrönt, sie hat also „bestanden“ – und „Blut geleckt“: sie will unbedingt weitersingen. Hedy Slunecko-Kaderka: „Ich glaube, sie hat das Zeug dazu. Etwas mehr Ausbildung, viel üben und die Angst beiseite schieben –



Die »Vienna Schrammeln«: Herbert Schöndorfer am Akkordeon, Barbara Konrad (von den Metropol-Schrammeln) an der Geige, Rudi Koschelu an der Kontragarre (v.l.n.r.)



Es war »ihr« Abend: Freundin des Wienerliedes und Organisatorin des Abends, Hedy Slunecko-Kaderka (re.), hier im Bild mit der Sängerin Rita Krebs.

dann schafft sie es. Über die erste Hürde ist sie ja schon gesprungen!“

Zu „H.P.Ö. Heider Poldi – Österreich“, wie er sich nennt, braucht man nicht viel zu sagen. Er ist der jüngere Bruder von Walter Heider, trägt mit sehr viel Witz und Humor seine eigenen Gedichte vor, moderiert hervorragend und mit viel Witz. Er ist auch bekannt für seine Parodien auf den legendären SchmidHansl, wofür aber diesmal leider keine Zeit war.

Für die musikalische Begleitung haben den gesamten Abend über die „Vienna Schrammeln“ gesorgt. Herbert Schöndorfer am Akkordeon, Rudi Koschelu an der Kon-

tragarre und Barbara Konrad (von den Metropol-Schrammeln) an der Geige brillierten. Man bedenke, die drei musizierten über mehrere Stunden und das mit nur einer kurzen Pause.

Da man sich das Beste für den Schluß aufhebt, kommen wir nun zu einer faszinierenden Persönlichkeit: Richard Pötttschacher, der am 25. Dezember 2004 seinen 100. Geburtstag feiert. Es war eine große Freude und eine ebenso große Überraschung für alle, ihn auf der Bühne zu sehen, vor allem zu hören. Er hat im Jahr 1924 (!) die erste Wienerlied-Veranstaltung im Schutzhaus "Zukunft auf der Schmelz" gemacht. Und das Lied, das er damals als erstes sang, hat er, fast 80 Jahre danach und am selben Ort, zu Gehör gebracht.

Sie sollten also den September 2005 im Auge behalten und sich einen Platz reservieren: wenn Hedy Slunecko-Kaderka wieder aufruft: „Kommt's auf d' Schmelz!“

<http://www.kaderka.at.tt>

<http://www.schutzhaus-zukunft.at>

<http://www.daswienerlied.at>
ist seit 1. September
online und bietet viele
Informationen über
Termine, Künstler,
Lieder, Lokale, usw...

TANZ.MUSIK.THEATER

Das Programm 2004/05 positioniert das Festspielhaus St. Pölten als Tanz- und Musikhaus

Das Festspielhaus St. Pölten geht in die 8. Spielzeit seines Bestehens und spannt in der Saison 2004/05 mit einer Mischung aus internationalen und heimischen Gastspielen sowie Eigen- und Koproduktionen den Bogen zwischen den unterschiedlichsten Genres – ein Cocktail mit feinen Ingredienzen und qualitativ hochwertigen Produktionen.

Das Festspielhaus sieht sich als Vermittler vieler Sparten: Wer Spaß an zeitgenössischem Tanz und Entertainment hat, wer neue Zirkusformen liebt, wer neue musikalische Ufer zwischen Jazz, Pop und elektronischer Musik erreichen will, wer große Frauenstimmen unserer Zeit erleben sowie Oper und Orchestermusik vom Barock bis zur Moderne, von geistlicher Musik bis zur Filmmusik hören möchte, kann aus einem großen Angebot wählen.

Das Festspielhaus steht für den kulturellen Austausch, der sich in Zukunft insbesondere im Musiktheaterbereich programmatisch manifestieren wird. Mit der internationalen Koproduktion „Die Rheinnixen“ wird der Grundstein für zukünftige Projekte gesetzt. „Die Rheinnixen“ von Jacques Offenbach ist eine echte Sängerooper mit einem unerschöpflichen Fluß herrlicher Melodien und origineller Orchesterbehandlung. Wichtig ist den Verantwortlichen des Festspielhauses auch das Engagement von Künstlern und Ensembles aus den neuen EU-Nachbarländern Österreichs (in der kommenden Saison aus Ungarn und Slowenien) und aus anderen Kulturkreisen (Fernost, Afrika und Lateinamerika).

Vier internationale Ballett- und Tanzcompagnien werden gastieren: das Ungarische Nationalballett, Lúdica Dança aus Brasilien, Moving Into Dance aus Südafrika und Cloud Gate Dance Theatre aus Taiwan.

Poetisches Theater mit zum Teil artistischen, tänzerischen und musikalischen Akzenten zeigen die Ensembles Vivace und Philippe Gentys.

Die beiden Residenzensembles des Festspielhauses, die abcdancecompany und das Tonkünstler-Orchester Niederösterreich, werden in 31 Veranstaltungen zu erleben sein.

Die abcdancecompany zeigt zwei Neuproduktionen: die Ballettpantomime „Die Zaubernacht“ von Kurt Weill in Koproduk-

tion mit den Bregenser Festspielen und „Concierto Barroco“ zusammen mit dem Venice Baroque Orchestra.

Das Tonkünstler-Orchester spielt erstmals nach drei Jahren wieder Oper im Festspielhaus: „Die Rheinnixen“ von Jacques Offenbach in Koproduktion mit der Stiftung Neues Stadttheater Bozen, dem Opernhaus Ljubljana und Cankarev Dom Ljubljana. Des weiteren spielen die Tonkünstler sechs Konzertprogramme mit ihrem neuen Chefdirigenten Kristjan Järvi sowie neun Konzerte mit renommierten Gastdirigenten wie Jeffrey Tate und Giovanni Antonini, Starsolisten wie Anatol Ugorski, Renaud Capuçon, Håkan Hardenberger, Christiane Oelze und einem Repertoire von klassischer Symphonik bis zu Filmmusik. Drei Ensembles mit Musikern der Tonkünstler konzertieren im Abonnement „Kammerton“.

Gemeinsam spielen die beiden Residenzensembles in der Adventzeit die Wiederaufnahme von Tschaikowskis Ballett „Der Nußknacker“.

Die Wiener Philharmoniker, die Wiener Virtuosen, das RSO-Wien, die Domkantorei St. Pölten und das Küchl-Quartett Wien sowie international gefeierte Musiker wie der Dirigent Mariss Jansons, der Sänger Thomas Hampson und der Geiger Ernst Kovacic bieten weitere vielfältige Programme mit Musik von der Klassik bis heute.

Dianne Reeves, Patricia Kaas, Cristina Branco, Oumou Sangare, Beady Belle, Nils Petter Molvaer, Eivind Aarset, Viktoria Tolstoy, Hedvig Hanson, Michael Heltau und mehrere Volksmusikgruppen werden einen weiten musikalischen Horizont öffnen.

Insgesamt umfaßt der Cocktail des Festspielhauses St. Pölten 2004/05 54 Produktionen mit Ensembles und Künstlern aus Belgien, Brasilien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Israel, Italien, Lettland, Mali, Norwegen, Österreich, Portugal, Rußland, Schweden, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Ungarn und den USA. ■

Festspielhaus St. Pölten

Franz Schubert-Platz 2

A-3109 St. Pölten

Telefon: ++43 / (0)2742 / 90 80 80

Telefax: ++43 / (0)2742 / 90 80 81

<http://www.festspielhaus.at>

Nie war Musik so schön

Auf der vorliegenden CD hören wir gehobene Tanzmusik, gediegene Unterhaltungsmusik, Salon-Evergreens, die schon unsere Großeltern und Eltern durchs Leben

begleiteten. Das Repertoire umfaßt Unterhaltungsmusik und Tanzlieder bis hin zum Charakterstück. Mit Ausnahme des letzten Titels, spielt das „Wiener Solisten-Orchester“ unter seinem Dirigenten Karl Grell alle Titel, die in ihren Arrangements die Handschrift des Dirigenten erkennen lassen, denn Karl Grell hat zeitlebens immer wieder auf die Wichtigkeit eines guten Arrangements hingewiesen und er häufig bedauert, daß die oft entscheidende Tätigkeit eines Arrangeurs, eine Musikaufnahme erst zu einem Genuß werden zu lassen, unterschätzt werden. Als Bonus-Track ist eine Erstveröffentlichung aus dem Jahr 1942 zu hören, „Ich warte“, gesungen von Nata Tüscher, begleitet vom Orchester Willi Stech unter Werner Eisbrenner.

Preiser, PR 90651

EAN: 71728190651

»Wir werd'n kan Richter brauch'n«

„16er Buam“, das derzeit jüngste in traditioneller Besetzung spielende Wienerliedduo, stammt aus Ottakring, dem 16. Wiener Gemeindebezirk, der nicht ganz unbeteiligt an

der Namensgebung des Duos war. Sie spielen und spielten sie bei diversen Heurigen natürlich, in Vorstadtbeisl'n und Nobelrestaurants, bei (Wienerlied-) Festivals und im Rahmen der „Langen Nacht der Musik“.

Sie musizierten vor der Gesandtschaft des französischen Staatspräsidenten Chirac und brachten das Wienerlied sogar als Straßensolisten wieder unter die Leute. Nun präsentierten die beiden im Cafe Schmid Hansl ihre CD „Wir werd'n kan Richter brauch'n“, auf der sowohl gutbekanntes wie der „Paradeiser Marsch“ (Josef „Pepi“ Kaderka/Ferry Andree) oder „I wer' blad“ (T. Marzik/R. K. Österreicher), wie Kompositionen von Klaus P. Steurer zu hören sind.

Zu beziehen bei

<http://axelrot.system-shop.at/>



Pannonischer Herbst: Die köstlichste Saison

Weinkulinarische Wochen und Martiniloben am Neusiedler See

Der Herbst gilt als eine der kulinarisch interessantesten Saisonen am Neusiedler See. Daher bietet die Region im Rahmen des „Pannonischen Herbstes“ eine Fülle exquisiter Veranstaltungen rund um den Wein, der hier in hoher Qualität gedeiht. Neben dem international beachteten Rebensaft wird von bis Mitte November das Hauptaugenmerk ebenso auf die Besonderheiten der regionalen Küche gelenkt. Denn während die Wein-ernte eingefahren wird und allerorts Feste zu Ehren des Weines und zum Erntedank gefeiert werden, haben sich renommierte Gastronomiebetriebe für den „Pannonischen Herbst“ etwas Besonderes einfallen lassen: die Weinkulinarischen Wochen.

In deren Rahmen servieren abwechselnd die besten Gastronomen mehrgängige regionstypische Degustationsmenüs und kredenzen dazu die besten Weine aus der



Wenn einem da nicht das Wasser im Mund ...

Alle Foto: Österreich Journal



Region, die unter Anleitung profunder Weinkenner verkostet werden. Mit den Weinkulinarischen Wochen wird eine ideale Verbindung zwischen exklusivem Weingenuß und Kulinarikerlebnissen geschaffen. Während die einen Gastronomen einzelne Abende nach dem Motto der Weinkulinarischen Wochen gestalten, bieten die anderen wiederum ganze Wochenendarrangements an. Daneben offerieren etliche Gastronomen auch auf individuellen Wunsch mehrgängige Weindegustationsmenüs.

Im November bewegt sich dieser kulinarische Herbst auf einen weiteren Höhepunkt zu: die Tage des Martinilobens rund um den 11. November. In den Weinbaugemeinden hat sich eine traditionelle Zeremonie entwickelt. Die Winzer öffnen zu Ehren des Heiligen Martins, dem Schutzpatron des Burgenlandes, ihre Keller weit und für jedermann. Für den Weinfreund ergibt sich daraus die schöne Möglichkeit, im Spazierengehen all die feinen Tropfen kennen zu lernen.

Vom Geheimtipp ist das Martiniloben längst zum Fixtermin geworden. Viele Orte rund um den Neusiedler See beteiligen sich am Fest, bei dem der junge Wein „getauft“ wird.

Die Tage im Pannonischen Herbst sind sonnig, die Nächte feucht und mild – die ide-

ÖJ-Reisetip

alen Voraussetzungen für das Gedeihen der in aller Welt gerühmten und mehrfach prämierten Weine des Neusiedler Sees. Mit fruchtigen Weißen und gehaltvollen Roten hat eine ganze Generation innovativer Winzer die Region zu einer der vielschichtigsten und vielbeachteten Weinbaugebiete Europas gemacht. So zum Beispiel Josef Umathum, dem wir in unserer Ausgabe 27 einen eigenen Bericht widmen werden.



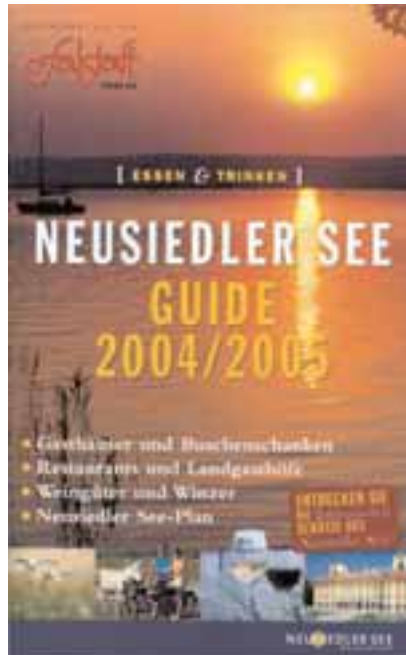
Das Mangalitzaschwein liefert hervorragendes, fettarmes Fleisch

Aber nicht nur der Wein lockt verwöhnte Gaumen ins Land. Feinspitze werden ebenso durch die lukullischen Besonderheiten einer lokalen Gastronomieszene angezogen, die ihre Küche ganz auf den Reichtum der pannonischen Naturprodukte abgestellt hat. Diese hat etwa das Mangalitzaschwein vorzuweisen, oder das Graurind, sowie eine Vielzahl von Fischen des Neusiedler Sees.

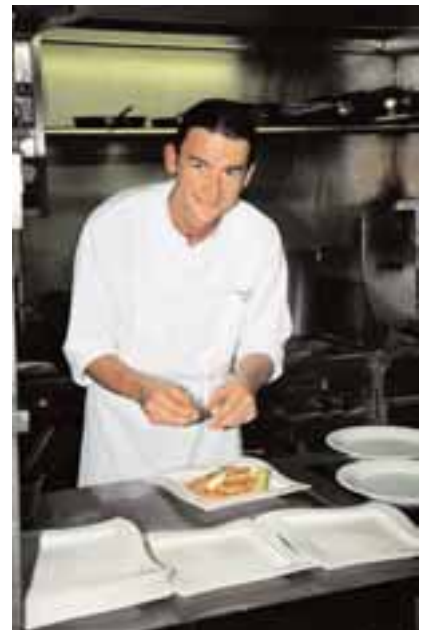
»Weinkulinarische Nacht« als Auftaktveranstaltung für den Genießermarathon am Neusiedler See

Über 100 Vertreter aus Tourismus, Politik, Medien und Wirtschaft folgten am 16. September der Einladung der Neusiedler See Tourismus GmbH zur „Weinkulinarischen Nacht“ in das Landgasthaus am Nyikospark in Neusiedl am See.

In Kooperation mit dem Falstaff Verlag wurde der druckfrische Neusiedler See Guide 2004/2005 präsentiert. Auf 68 Seiten, in einer Auflage von 60 000 Stück, finden Genießer Restaurants, Landgasthöfe,



Weingüter, Winzer und urige Buschenschanken rund um den Neusiedler See (Bezugsquelle siehe rechts unten).



Sascha Huber zauberte ein 5-gängiges Menü auf die wunderschöne Tafel

Für ein kulinarisches Feuerwerk sorgte Sascha Hubers 5-gängiges Degustationsmenü. Entertainer Jakob Michael Perschylas Heiteres aus dem „Weinkulinarium“ und sorgte für leckere Unterhaltung. „Der Start in den Pannonischen Herbst ist geglückt“, freute sich GF Karinja Heger über diesen gelungenen Event und lädt zu den zahlreichen Wein & Kulinariik-Veranstaltungen an den Neusiedler See.

Landgasthaus am Nyikospark
<http://www.nyikospark.at/>



Mit September hat zudem die Wildsaison begonnen, daneben herrscht Hochsaison für Kürbisse, frische Pilze aus den Wäldern des nahen Leithagebirges sowie wildwachsende Edelkastanien von der Rosalia. Aus der reichhaltigen Palette der hochwertigen regionalen Produkte zaubert die innovative Gastronomieszene pannonische Spezialitäten und schafft so eine besondere Verbindung zwischen der Einzigartigkeit der Region und ihren Naturprodukten. ■

i Neusiedler See Tourismus GmbH
Peter Florian Gasse 4
7100 Neusiedl am See
Telefon: ++43 / (0)2167 / 8600
Telefax: ++43 / (0)2167 / 8600-20
E-Mail: info@neusiedlersee.com
<http://www.neusiedlersee.com>